

Volkswohlt

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kunstschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurfürststraße 4/6, durch die Subskriptionen der „Volkswohlt“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Rigauerstraße 11, durch die Postanstalt, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.10 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die wertvolle Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. (Stenographische 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf.) Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurfürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

England und Rußland.

Macdonald gegen Abbruch der Beziehungen. Chamberlains Annäherung an amerikanische Wünsche.

London, 1. März. (Eigener Funkenbericht.)

In einem Interview Macdonalds über den englisch-russischen Außenwechsel heißt es wörtlich:

„Ich muß feststellen, daß die Handlungen der Dritten Internationale sich nicht völlig der Verantwortung der russischen Regierung entziehen und bin im Zweifel, ob Moskau seine in der Antwortnote aufgestellte Behauptung über die völlige Unabhängigkeit der Dritten Internationale von der Regierung Moskaus in Wirklichkeit auch beweisen könnte.“ Im übrigen heißt es in dem Interview Macdonalds: „Eine Beendigung des Handelsverkehrs oder gar der diplomatischen Beziehungen wäre einer der größten Fehler, der denkbar wäre.“

London, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In Verantwortung einer Anfrage, die von Macdonald am Montag im Unterhaus an den britischen Außenminister gerichtet wurde, verlas Chamberlain die Antwort der britischen Regierung auf die Einladung des Präsidenten Coolidge zu einer Abwehrtagskonferenz zur See. In dieser Antwort geht die britische Regierung nach einem verknüpferten und vieldeutigen Hinweis auf die besonderen Bedingungen des britischen Reiches ein und erklärt, sie sei bereit, zu erwägen, inwieweit die in Washington beschlossenen Grundzüge einer Ausdehnung fähig seien, sowohl was die Verhältnisse der verschiedenen Schiffsklassen in den verschiedenen Ländern, aber auch was andere wichtige Fragen anlangt.“ Die britische Regierung nehme deshalb die Einladung der Vereinigten Staaten an und werde selbst ihr Bestes zu einem Erfolg dieser Politik tun. Die britische Regierung müsse jedoch betonen, daß das Verhältnis einer solchen Konferenz zu der vorbereitenden Entwaffnungskommission in Genf hergestellt werden müsse.

Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß die russische Antwort auf die englische Note von der englischen Regierung nicht beantwortet werden wird.

Die Lage in Shanghai.

London, 28. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der General Sun Tschang-fang und Tschang Tschung-fang, die Führer der früheren Kantonarmee und jetziger Bundesgenosse im Kampfe gegen die Kantonarmee, sind nach ihrem am Sonntag erfolgten Besuche in Szungnan nach Shanghai zurückgekehrt. Sun Tschang-fang hat gelegentlich einer Truppeninspektion in Sitzung eine Rede gehalten, in der er betonte, seine und Tschangs Streitkräfte hätten sich vereinigt, um den Bolschewismus zu bekämpfen.

Im Gebiete der Kantonarmee fand am Montag ein einmündiger Proteststreik gegen die Ankunft englischer Truppen in Shanghai statt. Nach einer Neutermeldung aus China versuchte die Gewerkschaftsleitung auch in Shanghai einen solchen Streik durchzuführen, ohne daß dieser Plan gelungen wäre.

Stresemann reist übermorgen nach Genf.

Deutsche Grohndustrielle verhandeln mit Mussolini.

Der Reichsaussenminister reist am Donnerstag von San Remo sofort nach Genf zur Tagung des Völkerbundesrates. Vorher überreichte ihm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Schubert in seinem jetzigen Aufenthaltsort Bericht über die außenpolitischen Vorgänge in der letzten Zeit erstatten. Auch Briand und Chamberlain werden nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen in Genf erwartet.

Der deutsche Botschafter in Rom erstattete dem Reichsaussenminister am Montag Bericht über die wirtschaftlichen Verhandlungen der Grohndustriellen Tschißen und Böglers in Rom. Beide Industrielle wurden inzwischen sowohl vom Papst wie von Mussolini empfangen.

Polnische Minister über den Zollkrieg.

Warschau, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Außenminister Jelewski und der Handelsminister Kwiatkowski erklärten am Sonntag in Kattowitz, um sich an Ort und Stelle über die Lage der deutschen Wirtschaft und besonders über die Einfuhrfrage zu informieren, die beiderseitig auf Grund einer Einlage des Deutschen Volksbundes in Polen auf der nächsten Völkerbundstagung zur Erörterung gelangen wird.

Der Außenminister Jelewski erklärte bei dieser Gelegenheit Pressevertretern über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, daß die letzten Unterredungen des beiderseitigen Vertreters eine gewisse Entspannung hervorgerufen habe, die aber noch keine genügende Grundlage zur Etablierung einer dauerhaften Handelsverbindung bietet. Er ging darauf über, daß der Handelsminister, der in Deutschland wie in Polen gewisse Interessentengruppen für während dem Verhandlungen einwirken und dadurch der Ausgleich der Gegensätze beider Delegationen erschwert würde.

Tschechische Dienstzeitverlängerung mit deutsch-bürgerlicher Hilfe!

Prag, 28. Februar. (Eigener Bericht.) In den letzten Tagen hat sich der Wehrausschuß des tschechischen Parlamentes mit den Vorschlägen des Heeresministeriums zur Verlängerung der Dienstzeit beschäftigt. Der Heeresminister hat seinen Willen durchgesetzt und die bürgerlichen Parteien für die nicht befristete Beibehaltung der 18 monatigen Dienstzeit, die im Wehrgesetz als Provisorium galt und 1926 der gesetzlichen 14 monatigen Präsenzdienstzeit weichen sollte, gewonnen. Für die Söhne der Großbauern wird eine Art Landwehr (Ersatzreserve) mit kürzerer Dienstzeit eingeführt.

Da die deutsch-bürgerlichen Parteien Jahre hindurch den tschechischen Militarismus in der heftigsten Weise bekämpft haben und die Armee überhaupt sich aus verschiedenen Gründen keiner Beliebtheit erfreut, wird durch die Annahme der Militärvorlage in der Koalition die Stellung der deutschen Regierungsparteien ebenso wie durch ihre Zustimmung zu der reaktionären Verwaltungsreform sehr erniedrigt. Die großen bürgerlichen Zeitungen, die zunächst mit den deutschen „Allwägen“ gingen, vor allem das „Prager Tageblatt“ und die „Bohemia“, aber auch der größte Teil der Provinzpresse, sind bereits in das Lager der Opposition abgewandert. Die Bezirks- und Kreisorganisationen der Agrarier rebellieren zum großen Teil gegen die Parteileitung und die Christlichsozialen versuchen vergebens, ihre Position in Tschechien zu festigen durch allerlei demagogische Manöver zu halten. Diese Prognose wird durch die Verwaltungsreform bestätigt. Auch das stößt auf den einseitigen Widerspruch der tschechisch-deutschen Bürgerkoalition zu einer Regierungskrise führt. Die deutsche Sozialdemokratie ist bemüht, den Widerstand der Massen gegen die reaktionären Pläne der Bürgerkoalition einseitlich zu organisieren und wirkungslos zu gestalten.

Linksmeinigkeit, aber keine Linksregierung in Thüringen.

Demokraten und Kommunisten sind nicht zusammenzufassen.

Jena, 1. März. (Eigener Funkenbericht.)

Als Ergebnis der gestern abend abgeschlossenen Verhandlungen des Genossen Brill mit den Fraktionen der Linken über die Regierungsbildung kann festgestellt werden, daß die Demokraten jede Beteiligung oder Mitwirkung an einer von den Kommunisten unterstützten sozialdemokratischen Minderheitsregierung oder an einer sonstwie gearteten Linksregierung ablehnen. Sie erklären, daß sie eine Regierung der Mitte wünschen. Die Kommunisten erklärten sich zwar bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung zu unterstützen, ließen die Frage aber offen, ob sie einer Regierung aus der SPD. und anderen republikanischen Persönlichkeiten folgen könnten. Die Unterstützung einer Koalition von SPD. und Demokraten lehnten sie ihrerseits ab. Auf Grund der einander ausschließenden Erklärungen der SPD. und der Demokraten entfällt die Möglichkeit, die bisher zahlenmäßig als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Oppositionsparteien zu einer Regierungsbildung heranzuziehen. Genosse Brill wird daher heute den Auftrag als erledigt zurückgeben. Der Präsident des Landtages dürfte daraufhin nach dem Beschlusse des Landestages dem Vertreter der zweitstärksten Fraktion, des Landbundes, den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen.

Die Besserung im Befinden des Gen. Löbe

hält erfreulicherweise an. Wenn sie wie bisher fortbleibt, kann mit der Ueberwindung der lebensgefährlichen Erkrankung gerechnet werden.

Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Montag zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert eine Kundgebung, an der eine unzählige Menschenmenge teilnahm. Der große Gendarmenmarkt war als Sammelplatz gewählt. Punkt 8 Uhr sollte die Veranstaltung mit einer Rede unseres Parteivorstehenden Otto Weis beginnen. Aber schon lange vor 8 Uhr war der große Platz dicht besetzt und schon hatte die Kundgebung ihren Anfang genommen, als immer noch neue Truppen des Reichsbanners anmarschierten. Weis gedachte nochmals in großen Umrissen des Charakters des ersten Reichspräsidenten, seiner Ziele und seines Willens. Er schloß mit einem Treuschwur zu dem Toten. Als Weis gedenkt hatte, erklang das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden, ein besserer bist du nicht!“ — und dann marschieren die Massen in einzelnen Trupps unter Vorantritt der Kapellen wieder ihren Quartieren zu.

Das Arbeitszeitnotgesetz.

Der Bürgerblock will Zehnstundentag. Von Franz Spliedt.

Endlich sind die letzten Schleier gefallen, hinter denen bisher die Reichsregierung ängstlich ihr Arbeitszeitnotgesetz verborgen gehalten hat. Die Vorlage ist nunmehr auch dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat übermittelt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Der Entwurf stellt keinerlei Sensation dar, er geht an den Wünschen der Arbeiter achlos vorbei. Er will den Pelz waschen, ohne ihn nah zu machen. An dem Grundsatze, daß die Arbeitszeit durch Tarifvertrag bis zu 10 Stunden verlängert werden kann, wird nichts geändert. Das bedeutet, daß weiter wie bisher besonders im Wege des verbindlich erklärten Schiedsspruches, des Zwangstarifs, die normale Arbeitszeit bis zu täglich 10 Stunden verlängert werden kann. Es ändert sich auch nichts an dem nach § 6 dem Gewerbeaufsichtsamt zustehenden Rechte, von sich aus dort, wo die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, eine Arbeitszeit bis zu zehn Stunden zuzulassen. Nichts ändert sich an der Tatsache, daß weiter Mißbrauch mit dem Begriff „Arbeitsbereitschaft“ getrieben werden kann. Nichts ändert sich daran, daß der Arbeitgeber von sich aus ohne entscheidende Einrede von 30 Tagen im Jahre je zwei Ueberstunden diktieren kann. Nach wie vor kann selbst die zehnstündige Arbeitszeit aus „Gründen des Gemeinwohls“ überschritten werden. Es bleibt das Unrecht, daß in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Länder sowie in den Verwaltungen der Gemeinden alle Ausnahmebefugnisse den vorgeordneten Dienstbehörden zustehen, so daß diese selbstherrlich über die Arbeitszeit entscheiden können.

Die Grundursachen, auf denen sich die un-erträglich lange Arbeitszeit aufbaut, bleiben damit unverändert. Der Regierungsentwurf geht um das Kernproblem herum und versucht nur die besonders schlimmen Uebel der derzeitigen Verordnung abzustellen. Aber auch hier fürchtet er immer wieder zuviel zu tun und, indem er an der einen Stelle Verbesserungen schafft, reißt er an einer anderen Stelle fest bestehende Schranken nieder und verschlimmert dadurch die Situation.

Das Kernstück des Entwurfs ist der § 11 Abs. 3 der geltenden Verordnung. Nach diesem blieb bisher der Arbeitgeber straffrei bei „Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit“, soweit es sich um männliche Arbeiter über 16 Jahre handelt. Die Praxis zeigte, daß diese juristisch einfach unmögliche Konstruktion zu einer wilden Ueberarbeit führte. Die weiteren Schutzbestimmungen, wonach diese „freiwillige“ Ueberarbeit keine dauernde sein darf, durch besondere Umstände veranlaßt sein muß und nicht „durch Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeitnehmers“ zu erwirken ist, blieben in der Praxis ohne Wirkung. Anklagen wegen Gesetzesverletzung wurden auf Grund der „Freiwilligkeit“ der Ueberarbeit meist abgelehnt. So ist insbesondere der himelführende Anflug der zahllosen Ueberstunden im Bergbau stets durch die „Freiwilligkeit“ legalisiert worden. Darum hängen die Unternehmer mit heißer Liebe gerade an dieser Bestimmung, die ihnen Straffreiheit sichert. Um die Beseitigung dieser Bestimmung geht deshalb auch der zähe Kampf zwischen den Koalitionsparteien. Der Regierungsentwurf will diese Bestimmung künftig beseitigen. Aber diese glatte Selbstverständlichkeit soll teuer erkauft werden. Was bisher durch einen juristischen Konjunkt legalisiert war, soll nun in einem gewissen Ausmaß direkt erlaubt werden. Durch Abänderung des § 9 schafft der Regierungsentwurf hierfür die Voraussetzung. Während bisher im Steinkohlenbergbau und in einigen Gewerbebezügen, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, eine Ueberarbeitszeit des Achtstundentages nur „aus Gründen des Gemeinwohls“ bis zu einer halben Stunde zugelassen war; soll künftig diese Schranke fallen. Selbst in diesen gesundheitsgefährlichen Berufen soll „aus Gründen des Gemeinwohls“ die Ueberarbeitszeit über 10 Stunden hinaus durch eine befristete Genehmigung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten zulässig sein. Das ist der Sieg der Bergherren und der Schwermindustrie. Aber damit noch nicht genug! Während bisher nach dem Wortlaut der Verordnung eine Ueberarbeitszeit der 10-Stunden-Maximalgrenze als Regelarbeitszeit nicht zulässig war, wenn infolge des freien Sonnabendnachmittags die ausfallende Arbeitszeit auf die anderen Arbeitstage verteilt wurde, ebenso nicht bei

Der neue Präsident des Thüringer Landtages.



In der ersten Sitzung des Thüringer Landtages, die Staatsminister Dr. Leutheuser mit der Erklärung des Eintritts des Ministeriums eröffnete, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Leber mit 49 von 56 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Ein Kaiser- und Königshoch der „Barnunstrepublikaner“.

Eine Entschliebung der Deutsch-Konservativen Partei, der auch Graf Westarp, Fhr. v. Freytagh-Loringhoven und andere deutsch-nationale Parlamentarier angehören, lautet: Wir konservativen stehen in unbedingter Treue zum monarchistischen Gedanken und zum angestammten Herrscherhause. Wir bekennen den Willen zur Befreiung und zu einer Außenpolitik, die durch Würde sich Achtung gewinnt. Die Deutsch-Konservative Partei hat sich bei ihrer selbstlosen Mitarbeit in der Deutsch-nationalen Volkspartei volle Selbstandigkeit ausgedrückt gewahrt. Sie fordert die konservativen Kreise, aus denen in diesen Tagen zahlreiche dankenswerte Kundgebungen eingegangen sind, auf, im Hauptverein der Deutsch-Konservativen in Berlin und seinen Zweigvereinen in den Provinzen das Machtmittel zu schaffen, um bei kommenden Wahlen unsere Forderungen zur Geltung zu bringen.

Die Stunde verlangt nach konservativen Kräften. Sie soll uns wachsam finden und bereit. (!) Unverändert wie unsere Ideale und Grundzüge bleibt unsere Parole: „Mit Gott für König und Vaterland, mit Gott für Kaiser und Reich!“

Man braucht die Erklärungen dieser kleinen, überwiegend junkerlichen Clique um den schlesischen Grafen Seydlitz-Sandrezki, die sich nicht einmal mehr in irgend einen Wahlkampf wagen kann, nicht allzu schwer zu nehmen. Immerhin bleibt doch die Freude gewisser Kreise besonders im Zentrum über die angebliche Belehrung der deutsch-nationalen Führer zum Barnunstrepublikanismus bewundernswert, solange ein Teil derselben deutsch-nationalen Führer, darunter der Parteivorsteher Graf Westarp, sich nach allen Berliner „verfassungstreuen Richtlinien“ draußen im Lande immer wieder zu den Organisationen bekennen, die „unverändert“ für „Kaiser“ und „König“ schwärmen!

Der Präsident der Republik und der Chef der republikanischen Wehrmacht erinnern sich gemeinsam mit dem Kronprinzen schönerer Zeiten...

Am Montag veranstalteten die ehemaligen Offiziere des Großen Generalstabes, wie alljährlich, zu Ehren des früheren Generalstabschefs v. Schlieffen im „Rheingoldhaus“ zu Berlin das sogenannte Schlieffen-Diner. Außer dem Befehlshaber der Reichswehr, General Hege, und einer ganzen Reihe höherer Reichswehroffiziere nahmen an der Veranstaltung auch der Reichspräsident von Hindenburg und der ehemalige Kronprinz teil. Hindenburg war in der Marschalluniform erschienen. Der Kronprinz zeigte sich in der Uniform eines Infanterieoffiziers der alten Armee. Auch der frühere Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, war „in großer Uniform“ anwesend. Die Herrschaften hielten bei Sekt und Wein bis in die frühen Morgenstunden aus.

Das politische Gegner bei gegebenen Anlässen einmal zusammenzuführen, empfindet kein vernünftiger Mensch unangenehm, sei es, daß deutsch-nationale Parlamentarier beim Reichstags-

präsidenten zu einem parlamentarischen Abend über beim Sowjet-Vollhafter zu einem Empfang erscheinen, sei es, daß sie auf neutralem Boden diejenigen zu irgend einem sachlichen Zweck zusammenfinden, die sich im allgemeinen bekämpfen. Aber auch sich der Präsident einer Republik und der Chef ihrer Wehrmacht mit dem Erben der entthronten Monarchie gesellig zusammenfinden, das ist immerhin der Darstellung durch einen sachlichen Zeichner wert. Man soll nicht sagen, daß so etwas nur in der deutschen Republik möglich sei. Es gibt vergleichbare Vorgänge auch aus den Anfängen der französischen demokratischen Staatsform und sonst in der Geschichte. Aber solche Vergleiche zeigen eben, wie sehr wir noch in den Anfängen des neuen Staates stehen, den der Wille der Wähler gegenwärtig Männern ausgeliefert hat, die ihn nicht gewollt haben und die immer noch gern an einer Zerkhölzung mit dem „Thronfolger“ sitzen.

Die religiösen Sozialisten gegen ein Reichstonsfordat mit dem Vatikan.

Der „Bund religiöser Sozialisten“ wendet sich mit einem Aufruf zur Frage des Reichstonsfordats an die Öffentlichkeit. Wir entnehmen dieser öffentlichen Erklärung folgendes:

„Die religiösen Sozialisten sind der Ansicht, daß die Kirchen vom Staate absolut zu trennen seien, daß die Kirchen überhaupt nicht als Vertragspartner auftreten dürfen, um sich äußere Vorteile und Einflußmöglichkeiten zu sichern.“

„Alle auf Vertragswerten beruhende Rechte der Kirchen dem Staate gegenüber und alle so errungenen Sicherungen des kirchlichen Lebens werden der inneren Kraftlosigkeit und Einflußlosigkeit der Kirchen nicht zu neuem Leben und einem neuen Geiste verhelfen.“

Nicht durch rechtliche Sicherungen dem Staate gegenüber wird die Notwendigkeit der Kirchen und die Wichtigkeit der religiösen sittlichen Kräfte deutlich gemacht, sondern dadurch, daß die Kirchen durch ihre Verkündigung und ihre Taten ihre Unentbehrlichkeit vor aller Augen beweisen.“

Die Kirchen sollen auch den Schein vermeiden, als gingen es ihnen um weltliche Macht und um weltlichen Einfluß. Es muß das Ziel der auf dem Evangelium der dienenden Hilfe aufgebauten Kirchen sein, eine Gemeinschaft der Mühseligen und Beladenen zu werden, die den Kampf um die Befreiung der unterdrückten Masse als eine ihrer nächsten Aufgaben mitkämpft, ihnen Trost und Helferin in allen Nöten ist.

Je unbedeutender die Kirchen äußerlich sind, je mehr sie von den Mächtigen dieses Klassenstaates unterdrückt und verfolgt werden, desto bedeutender werden sie, desto mehr stünden sie unter dem Kreuze Jesu Christi, desto näher kämen sie ihrer eigentlichen Aufgabe — Gottes Wort und Wille zu verkündigen — ohne Rücksicht darauf, ob es dem Staate und dessen gegenwärtigen Machthabern gefalle oder nicht.“

Die badische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften (Kirchenvermögensgesetz) vorgelegt. Der Entwurf bestimmt in seinem ersten Paragraphen, daß jede Religionsgesellschaft innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes berechtigt ist, ihre Vermögensangelegenheiten durch ihre Satzung selbständig zu ordnen und nach Maßgabe dieser Satzung zu verwalten. Die weiteren Paragraphen enthalten nähere Bestimmungen über die Art der kirchlichen Steuererhebung, über das Aufsichtsrecht des zuständigen Ministeriums und über die Regelung etwaiger Differenzen zwischen Ministerium und Religionsgesellschaft.

Das Gesetz stellt lediglich die Ausführungsbestimmung vor zu dem Artikel 157 Absatz 3 der Reichsverfassung, in dem jeder Religionsgemeinschaft das Recht gegeben ist, innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen.

Aus dem Reiche.

Anlässlich der zweijährigen Wiederkehr des Todestages von Friedrich Ebert wollte die Familie des verstorbenen Reichspräsidenten am Montag an dessen Grab in Heidelberg. Der Reichsanwalt hat im Auftrage der Reichsregierung einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife am Grabe niederlegen lassen. Ebenso gedachten die badische Landesregierung, das Reichsbanner und eine große Zahl von Organisationen der großen Verdienste des ersten Reichspräsidenten um das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterbewegung.

Wegen „Hochverrats“ im Buchhandel verurteilt! In zweitägiger Verhandlung hatte sich der Prokurist Fritz Schäfers aus Berlin vom Verlage der Jugendinternationale vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Schäfers hatte in seinem Verlage vier Schriften, die beschlagnahmt sind, vertrieben. Deshalb war gegen ihn ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Das Gericht ging über den Strafantrag des Reichsanwaltes hinaus und verurteilte Schäfers wegen Hochverrats nach § 7 des Republikstrafgesetzes und Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahre Festung und 100 Mark Geldstrafe. (Das Urteil fällt in die Reihe der protestierten Fehlurteile der Formeljustiz des Reichsgerichts! Red.)

Arbeitszeitgesetz, soll namentlich in diesen Fällen die regelmäßige Ueberschreitung der 10-Stundengrenze ermöglicht werden. Das bedeutet, daß zum Ausgleich des freien Nachmittags und sogar, um den völligen Ausfall des Sonnabends durch die fünfzehnstündige Arbeitzuführen, Ueberschreitung der regelmäßigen Arbeitszeit bis zu 12 Stunden täglich gesetzlich zulässig ist.

Ungebillig will man die Verordnung dadurch verbessern, daß die Gewerbeaufsichtsbehörden in den Fällen, wo bisher die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt war, der Tarifvertrag jedoch abließ, keine Arbeitszeit genehmigen dürfen, die über die nach dem früheren Tarifvertrag zulässige hinausgeht. Es soll hier eine dreimonatige Sperrfrist eingehalten werden. Diese Verbesserung ist keine Verbesserung. Denn wo immer heute ein Tarifvertrag durch Kündigung abläuft, ist es sicher ein Tarifvertrag, der bisher eine lange Arbeitszeit vorsah. Die neue Fassung würde geradezu anzeigen, Genehmigungen bis zur Höchstgrenze der von den Arbeitern bestrittenen Tarifbestimmung zuzulassen.

Der Entwurf will weiter bei behördlichen Genehmigungen, soweit sie aus „allgemein wirtschaftlichen Gründen“ angeblich geboten ist, diese Ueberarbeit von der Gewährung eines Lohnzuschlages abhängig machen. Das kann natürlich nicht befriedigen, denn damit würden alle anderen Ausnahmegenehmigungen, zum Beispiel bei Naturereignissen, Unglücksfällen usw. oder auch, wie die Verordnung zuläßt, „aus betriebstechnischen Gründen“ einen Ueberstundenzuschlag nicht notwendig machen.

Das also ist das neue Arbeitszeitgesetz des Bürgerblods! Die wenigen, völlig unzulänglichen Verbesserungen dieses Gesetzentwurfs, die außerdem zu einem großen Teil durch andere Verschlechterungen der Arbeitszeitverordnungen kompensiert werden, sind der ganze Inhalt einer Gesetzesvorlage, mit der man angeblich der Ueberstunden-Mißwirtschaft zu Leibe gehen will. Papphelm und Holzäbel, das ist das Müßzeug, das die Reichsregierung zum Kampf gegen den Ueberstundenmißbrauch anbietet. Die Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß sie auf dem von ihr eingeschlagenen Weg das Arbeitszeitproblem niemals lösen kann. Eine Lösung ist einzig und allein möglich auf dem durch die Gewerkschaftsforderungen gezeichneten Weg. Die in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen über den Initiativ-Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion werden Regierung und Reichstag zwingen, offen Farbe zu bekennen, ob in Deutschland endlich die Voraussetzungen zur Unterbindung der sozialpolitisch wie volkswirtschaftlich gleich unentraglichen Ueberarbeit geschaffen werden sollen.

Das deutsche Arbeitszeitgesetz — ein Vorwand für andere Länder gegen das Washingtoner 8-Stundentags-Abkommen!

London, 1. März. (Eigener Funkenbericht.) Der englische Arbeitsminister beantwortete am Montag eine Anfrage im Unterhaus über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens dahin, daß die jüngste Vorlage über die Arbeitszeitverordnung in Deutschland und ebenso die Beschlüsse des französischen Senats die Lage nicht leichter, sondern schwieriger gestaltet hätten. Die englische Regierung befaßt sich im Augenblick sehr lebhaft mit den zur Ratifizierung zu unternehmenden Maßnahmen und sei bereit, dem Unterhaus schon in den nächsten Tagen eine endgültige Erklärung abzugeben.

Brüssel, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Peuple“ kritisiert scharf den deutschen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit. Dieser Entwurf stelle keineswegs die Einlösung des Versprechens dar, das Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister abgegeben hat. Er sei auch kein Schritt auf dem Wege zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, sondern erleichtere im Gegenteil die Ratifizierung durch die anderen Länder. Die deutsche Rechtsregierung zeige damit nicht nur außenpolitisch, sondern auch sozialpolitisch und zwar sowohl national wie international böse Folgen.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Bertheimer.
Das glaube ich auch. Keiner konnte das. Ich bin bereit, darauf einen Eid zu leisten.
„Nun also. Demnach steht Lord Caling als Hauptbeteiligter außer Frage — es wäre ein zu erstaunlicher Verdacht — aber es beweist uns nicht, daß er nicht... ein Missethäter ist.“
„Wohl sagen, er hat keine triftigen Gründe dafür, daß Rosenbaum nicht aufgefressen wird.“
„Ganz richtig. Rosenbaum wollte ihn verraten... wonach er auch immer aus sein mag, er will nicht, daß wir es erfahren. Geben Sie mir wenigstens zu, daß er auf irgend etwas Jagd macht, Blaitie?“
„Ich weiß nicht, was ich sagen soll, Herr. Der verflozene Innenminister sollte...“
„Wie Cäsars Weib? Ganz richtig. Aber ist er? Können wir, nach diesen Fingerabdrücken, etwa noch behaupten, daß er über allers Verdacht steht?“
„Nein. Wenn wir es von der Seite betrachten, können wir es verneinen.“
„Nun also, Blaitie, daß Lord Caling hofft, wir möchten Rosenbaum nicht ermitteln, muß ein Grund mehr für uns sein, ihn rascher festzunehmen. Rosenbaum ist der Mann, uns Klarheit über Lord Calings Beteiligung zu verschaffen.“
„Es ist einfach nicht zu glauben. Lord Caling sollte mit einem berichtigten, hochschwierigen Agitator verbunden sein?“
„Ich sag ja nicht, daß ich's verhehle, Blaitie. Aber es scheint doch so. Lord Caling weiß etwas über diesen Mord und fürchtet sich vor Rosenbaum. Aus ihm selbst können wir nichts herausbringen, daher müssen wir Rosenbaum fangen und hierbei als möglich aus ihm herauszolen.“
„Aber Rosenbaum zu ermitteln, war leichter gesagt als getan. Die Tage vergingen, aber Blaities Reden blieben erfolglos.“
Die Angelegenheit kletterte sich hin; beinahe eine Woche war seit dem Mord in Sugdens Hotel verstrichen, und man war keinen einzigen Schritt weitergekommen. Die Polizei begann zu fürchten, daß es Rosenbaum gelungen, aus dem Lande zu kommen,

und daß Radlett selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß er lebend aus dem Hotel geschafft wurde, nun ganz sicher ist sei. Der Fall schien an einem unbefriedigenden Punkte angelangt zu sein.

Eine Information tauchte jedoch noch auf. Die polnische Polizei meldete, daß Pasquett tatsächlich in Warschau gewesen sei, aber am nämlichen Tage, als man die Anfrage von Scotland Yard erhalten, abgereist sei, ehe eine Möglichkeit vorhanden war, mit ihm in Verbindung zu kommen.

Es wäre ihnen nicht gelungen, über seine weiteren Schritte mehr zu erfahren, als daß er nach Polen und von dort nach Deutschland gereist sei. Dort könne er aber nur mit Hilfe der deutschen Polizei eruiert werden.

Die polnische Polizei berichtete jedoch noch, daß ein anderer eingehend nach Pasquett in Warschau gesucht habe — ein Engländer namens Arthur Wharton. Da man ihn nicht weiter gefandt, so wäre man zwar hofflich gewesen, hätte ihn jedoch nicht weiter untersucht. Man berichtete die Tatsache nur deshalb, weil sie vielleicht für die englische Polizei von Interesse sei.

„Wer ist Arthur Wharton, Blaitie?“ fragte Wilson. „Und weshalb sucht er nach Pasquett?“

Blaitie nahm sich ein Londoner Telefonverzeichnis vor. Es enthielt drei Arthur Whartons — einen Fischhändler in Generalität Hill, einen Hochschneider in Little Tiptonstreet und einen Arthur Wharton, ohne Berufsangabe in Bloomsbury.

„Wenn's von denen einer ist, so am ehesten noch der letztere. Sehen Sie zu, daß Sie herausbringen, wer er ist.“

Blaitie hatte es bald heraus. Dieser Arthur Wharton war ein Angehöriger der Anglo-Polnischen Handelsgesellschaft und gegenwärtig von England abwesend.

„Lord Caling mußte es also und ist auf eigene Faust hinter Pasquett her“, sagte Wilson, als ihm der Inspektor diese Mitteilung machte.

„Nun ja, was das heißt, Blaitie? Lord Caling war als im Besitze einer Nachricht über Pasquett und anstatt uns dies wissen zu lassen, versuchte er, hinter unserm Rücken mit ihm in Verbindung zu kommen. Das bedeutet, daß er Pasquett vor der Polizei sprechen wollte. Warum sollte er das? Ich gäbe viel darum zu wissen, was Lord Caling auf dem Kerbholz hat.“

klaren, welchen Weg man nunmehr einzuschlagen hatte. Als er brütend in seinem Arbeitszimmer saß, hörte er plötzlich Lord Calings Stimme durchs Telefon, sehr laut und gar nicht unangenehm. „Sind Sie's, Wilson? Darf ich Ihnen Mr. Pasquett's Besuch hinüberbringen? Ja, er ist hier in meinem Büro. Sofort! Ja, er wünscht unverszüglich, zu Ihnen zu kommen.“

„Also hat er doch Pasquett als erster erreicht“, sagte sich Wilson und fügte lachend hinzu: „Verdammt noch einmal!“

Fünfundzwanziges Kapitel.

In welchem Mr. John Pasquett eintrifft und eine verzeihliche Ungeheuer zeigt.

Eine Woche war seit dem Tage vergangen, den Lord Caling ohne Frühstück verbrachte hat, als John Pasquett das Geschäftshaus der Anglo-Polnischen Handelsgesellschaft betrat. Man teilte ihm mit, daß Lord Caling nicht im Hause sei, und fragte nach seinem Begehre. Seine Namensnennung öffnete ihm nicht nur Tür und Tor, sondern verursachte gleich eine erhebliche Verwirrung. Denn, obgleich Pasquett's Name in der Öffentlichkeit keine große Rolle gespielt hatte, war sich der Beamtenstab der Anglo-Polnische ganz im Klaren, daß dies Radlett's Ratener nicht müßte, jener Mann, nach dem das Direktorium so eifrig gesucht hatte. Mr. Benjamin sei im Büro anwesend. Wollte Mr. Pasquett vielleicht einjeweilen mit ihm vorlieb nehmen?

Pasquett wollte es. Er war, wie es die Revolverbeschriftung ausgedrückt hatte, ein großer, schöner, glattrasiertes Mann von stattlichem Baus. Aber das war nicht alles. Er besaß eines jener Gesichter, welche stets zur Hälfte lächeln, als ob er sich ständig über irgend etwas amüsierte. In seinen Augen lag ein lustiger Kobold — er gehörte zu jenen Leuten, die sich an den ersten Blick Freunde schaffen. Es würde schwer gefallen sein, aus seinem Äußeren auf seine Nationalität zu schließen. In seinem Tonfall war etwas Amerikanisches, aber es war doch nicht ganz amerikanisch. Seine Sprechweise klang französisch und dann doch wieder nicht ganz französisch. Sein ungewohnt-vertrautes Wesen war national nicht einzuordnen. Alles kennzeichnete ihn als einen weitgereisten Mann von Welt, ein Mann, der überall zu Hause ist — dem alle Dinge gleich recht und die meisten Dinge nicht unerwünscht sind. Kein Wunder, daß Radlett mit John Pasquett Freundschaft geschlossen hatte: dieser wußte, wie man Freunde macht und sich erhält.

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater
 Dienstag 8 Uhr:
 „Der Mädel“
 Mittwoch 8 Uhr:
 14. Woma-Vorstellung
 Serie B
 „Der Troubadour“
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Lodca“

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 38300.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Zum 25. Male:

In
 der
Johannisnacht
 Mittwoch und täglich 8 Uhr:
 Der große Operettenerfolg!
 In
 der
Johannisnacht
 Sonntag, nachm 3 1/2 Uhr:
**Das
 Dreimäderlhaus**

Loke-Theater
 Tel. Ring 6774
 Gastings-Programm!
 Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
 „Ein besserer Herr“
 Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr:
 Kleine Preise!
 „Der Biberpelz“
Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Gastings-Programm!
 Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
 „Bolbone“

Ab Dienstag, den 1. März:



**DIE GROSSFÜRSTIN
 UND IHR KELLNER**

mit
ADOLPHE MENJOU

Der Weltgentleman des Films
 in seiner neuesten Glanzrolle!

Pressstimmen:
 Es gibt z. Zt. wohl kaum einen Filmschauspieler,
 der, was Eleganz und Ueberlegenheit des Spieles
 anbetrifft, mit Adolphe Menjou in einem Atem zu
 nennen wäre — — blendend schöne Bilder huschten
 über die Leinwand — — unvergesslich der Ein-
 tritt der Großfürstin in schwarzer Samtrobe — —

Dazu das
Heitere Beiprogramm!
 Kapellmeister Neumannovics
 Wochentags: 4, 6, 8, 9 Uhr — Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

DELI-THEATER
 Kaiser- Wilhelm-Straße 2



guter Geruch

der Lederpasta ist das un-
 trüglche Merkmal dafür, daß
 für die Herstellung nur gute
 Materialien verwandt worden
 sind. Verpestet Ihre Schuh-
 creme den Raum, in dem Sie
 putzen, so haben Sie allen
 Grund, ungehalten zu sein.
 Restlose Zufriedenheit werden
 Sie haben, wenn Sie verwenden
 die meistgekaupte Lederpasta

Erdal

putzt die Schuhe
 pflegt das Leder!



Lieblich-Theater

Heute Dienstag **Premiere**
 abends 8 Uhr:
Das sensationelle März-Programm

Jansen-Jachobs La Castini Mischromantischer Ballett	Baggosen Der Gipfel der Kunst
Adela Horaw „Die Kaiserin der Sahara“	Die Pleurolys Weiberhämle Exzentriker
7 Massons Arabische Metelerspränge	Frank und Eugenie Talkühn Kapitalisten
Eders Der Mann mit der Stahlbrust	Alexander Dorian Reißende best. Klav.-Virtuos.
Halegh-Trio Musikal.-Akt	Geschwister Wood Getragene Trappz.

„Boxende Kunde“
 Joe Deantomas Dresswunder

Die bekannt billigen Eintrittspreise von 50 PL. an
Jeden Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Familien- u. Kinder-Vorstellung
 Das volle Programm zu ermäßigten Preisen
 Vorverkauf ununterbrochen an der Theaterkasse
 und im Verkehrsbüro Barasch

Oderior-Lichtspiele

Weinstraße 53 55
 Nur bis **Donnerstag!**
 Beginn: 5, 7, 9 Uhr!
 Das Kolossalwerk aus der russischen Revolution:
Der Wolgaschiffer
 Die tiefste Liebesgeschichte aller Zeiten.
 Ein Meisterwerk von noch nie dagewesener
 Wucht und Schönheit — — darum nicht versäumen!
 11 Akte. — Dazu:
Das humorvolle Beiprogramm!
 Erwerbslose bis 127 Preisermäßigung!

Hoffmanns Festsäle
 Pöpelwitzstraße 13 19
 Heute **Dienstag:**
Großer Fastnachtball
 wozu ergebenst einladet Fritz Hoffmann.

**Im März 1927 sind an die städtischen
 Steuerklassen zu entrichten:**

- Bis zum 10. März:
 a) Schulgeld für März in bisheriger Höhe unter Vor-
 legung des Schulgeldebesetzels für 1926. (Keine
 Schonfrist!)
 b) Getränkesteuer für Februar. (Keine Schonfrist!)
 - Bis zum 15. März:
 a) Staatliche Grundvermögensteuer, für März in
 b) Gemeindefürschlag (200 v. S.) zur bisheriger
 c) Hauszinssteuer (1000 v. S. der staat- Höhe
 lichen Grundvermögensteuer), (Keine
 d) Kanal- und Müllabfuhrgebühren Schonfrist!)
- Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugs-
 zinsen (10 v. S.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung
 und der Zwangsverfügung treten hierzu noch die nach
 den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.
 Breslau, den 26. Februar 1927. 6723
 Städtische Hauptsteuerkasse.

**Größtes Breslauer
 Frack-Verleih-Institut**

Gehrod. u. Smoking-Anzüge, Cutaway mit
 gestreiftem Reinkleid, Paletots, Jolinder,
 Klapphüte, Frack-Mäntel, weiße Westen
Hermann Mohaupt
 nur Karlstraße 1, 1. Etage (Ede Schweißdiner Str.).
 Tel. Ring 1305

In ganz Deutschland

nicht allein, sondern auch im Ausland sind unsere
 Fabrikate in den feinsten Geschäften zu haben.

Direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel geben
 wir in Breslau und Umgegend auch
 an Privatpersonen ab. Wir unter-
 halten 5 vornehme Verkaufsstellen.
Keine Destillen und ist jede
 Belästigung ausgeschlossen.

Wir bieten an:
 Breslauer 35% p. Ltr. 2.10
 Weinbrand-Verschnitt 38% 2.80
 Weinbrand** aus 3.50
 Weinbrand*** franz. 4.00
 Weinbrand**** Weinen 5.00
 Weinbrand***** p. Flasche 6.00
 Jamaika-Rum-Verschnitt
 per Liter 5.00, 4.00, 3.50 3.00

Meisterwerke in Likören
 per Liter 3.00 und 3.60
 stonsdorfer, Rosen, Blut-Gold-
 orange, Prunelle Abtei, Cacao, Gold-
 wasser, Curacao, Sherry-Brandy
 und auch alle anderen Sorten

Monopol-Alkohol 96% 4.70
 Franzbranntwein 3.00

Dampf-Destillierwerk 67 0
Herzberg & Co.
 Höfchenstr. 48 Bismarckplatz 20
 Michaelstr. 3 Klosterstr. 64
 Leuthenstr. 10

Druckerei Volkswacht
 Breslau 2 Gurtstraße 4/6

Überlieferungs-Aufführungen



**Mensch
 unter
 Menschen**
 Das Leben eines Märtyrers nach
 dem Roman von Victor Hugo
**Promenaden-
 Theater**

Das gute — billige Buch

- | | |
|---------------------------------------------|-------------------------------------|
| Alexis: Hofen des Herrn von Drebow. | Hölberlin: Gedichte und Briefe. |
| Brachvogel: Friedemann Bach. | Humboldt: Briefe an eine Freundin. |
| Bulwer: Rienzi. | Jacobson: Frau Marie Grubbe. |
| Bulwer: Untergang von Pompeji. | Külpe: Rote Lage. |
| Casanova: Abenteuer. | Keller: Martin Salander. |
| Dumas: Graf von Monte-Christo. | Keller: Züricher Novellen. |
| Dante: Göttliche Komödie. | Ludwig: Zwischen Himmel und Erde. |
| Dickens: David Copperfield. | Mörke: Ausgewählte Dichtungen. |
| Dickens: Oliver Twist. | Rathsiue: Elisabeth. |
| Dostojewski: Ein Verdender. | Novalis: Dichtungen. |
| Freitag: Das Nest der Zaunkönige. | Retcliffe: Rena Sahib. |
| Freitag: Aus einer kleinen Stadt. | Scheffel: Ettehard. |
| Freitag: Ingo und Ingraban. | Storm: Immensee u. andere Novellen. |
| Freitag: Marcus König. | Scott: Jeanhoe. |
| Freitag: Die Brüder vom deutschen
Hause. | Sienkiewicz: Ohne Dogma. |
| Flaubert: Salambo. | Turgensow: Väter und Söhne. |
| Hugo: Götter von Notre Dame. | Tolstoi: Auferstehung. |
| Hofreies Papier | Zola: Die Sünde des Abbé Mouret. |
- Halbleder nur 4.- Mk.** Goldoberschnitt
 und Raffette
Volkswachtbuchhandlung, Neue Grapenstr. 5 u. Neue Talchenstr. 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. März.

Anhang zum Organisationsstatut der SPD.

W.B. Berlin, Fastnacht 1927.

Soeben erfährt man, daß der Reichsausschuß der SPD im Benehmen mit dem Parteivorstand heute Nacht folgenden Anhang zum Organisationsstatut der Partei beschlossen hat:

1. Schimpfe, was du kannst und wo du bist, auf die von dir selbst gewählten leitenden Personen, oder diejenigen, die mit deiner Hilfe auf einer exponierten Stelle stehen.

2. Weise bei Einholung der Beiträge den Kassierer mindestens dreimal ab und beschwere dich unterdessen, daß zu dir niemand kommt.

3. Geht dein persönlicher Wunsch nicht augenblicklich in Erfüllung, so mache dafür die Partei verantwortlich.

4. Wird in einer Sektionsversammlung ein befehlendes Referat gehalten, so gehe in der Diskussion nie darauf ein, sondern verbeiß dich auf Kleinigkeiten und vergesse ja nicht, auf die Parteien zu schimpfen.

5. Vasse dich ja nicht davon abbringen, daß du im Recht bist.

6. Sei dir stets bewußt, daß, je mehr du nörgelst, du damit zur Agitation beiträgst.

7. Wenn du merkst, daß ein anderer einige Arbeitskollegen in die Versammlung eingeführt hat, dann vergesse ja nicht, etwas, was dir vor fünf Jahren über die Leber gekracht ist, vorzutragen, denn das wirkt anziehend auf die Eingeführten.

8. Wenn auf deinem Tisch der „Generalanzeiger“ liegt und ein Freund fordert dich auf, die „Volkswacht“ zu lesen, dann erkläre stets: „Die habe ich im Geschäft seit zehn Jahren, der gehört meiner Nachbarin.“

9. Bei Wahlplakation, Zeitungsagitation, Werbewochen, halte dich, wenn's irgendwie geht, fern und berufe dich auf die geleistete Arbeit von früher, von der außer dir, niemandem etwas bekannt ist.

10. Geht dann die Partei nicht zugrunde, so hast du das beruhigende Bewußtsein, daß du daran nicht schuld bist.

Jahresbericht der Arbeiterkinderfreunde von 1926.

Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!

Mit der Erkenntnis, daß die Selbsthilfe des Proletariats seine beste, sicherste und erfolgreichste Hilfe ist, muß das Proletariat auch notwendig dazu kommen, daß es die Erziehung seiner Kinder in eigene Hände nimmt; denn nur das Proletariat selbst kann seine Kinder, die Träger der kommenden Gesellschaft, für die auf sie wartenden Aufgaben bereiten und fähig machen. Die Arbeiterkinderfreunde sind die Erziehungsorganisation des Proletariats. Jungsozialisten haben den Versuch gemacht, den beschwerlichen Weg, den sie selbst oft genug noch bis zum Eintritt in die Arbeiterbewegung zurücklegen hatten, für die kommende Generation abzukürzen, leichter und sonniger zu gestalten, hoffend, daß das Ergebnis der harten, kampfwilligeren und kampfsfähigeren Mensch ist. Die Arbeit der Arbeiterkinderfreunde an den Kindern ist also nicht nur ein Zeitvertreib, geboren aus der Spielfreudigkeit einiger junger Menschen, sondern hat als Ziel den sozialistischen Menschen.

Die Breslauer Ortsgruppe der Arbeiterkinderfreunde, eine von den 220 in Deutschland bestehenden Gruppen, sucht dieses Ziel in sechs Kindergemeinschaften zu erreichen. Der Erreichung dieses Zieles dienen die Gemeinschafts- und Spielnachmittage, dienen die Wanderungen und gemeinsame Arbeiten, die Förderung der Gesundheit und Freude, Kraft und Freude, die besten Helfer im Leben, das für den Proletariat immer auch Kampf bedeutet.

Den Arbeiterkinderfreunden ist es im letzten Jahr gelungen, in 845 Gruppeneinstellungen rund 19000 Kinder zu erziehen, wobei Jungen und Mädchen in beinahe gleicher Zahl vorhanden waren. Außer diesen Gruppeneinstellungen, die Wanderungen, Spiel- und Bastelnachmittage, Gruppenfeiern, Nieder- und Musikstunden, Gemeinschafts- und Arbeitsabende umfassen, gab es im Februar ein großes Elternfest im großen Saal des Gewerkschaftshauses, an welchem über 1000 Kinder und Erwachsene teilnahmen. Ein Vierteljahr lang bereiteten wir in Sonntagvormittagskassen unsere Mitglieder für den Eintritt in die Arbeiterjugend vor, der nach einer Jugendweihefeier erfolgte. Der 1. Mai fand uns mit über 1000 festlichen Kindern und roten Fahnen beim Festzug unserer erwachsenen Genossen und nachmittags im Schießwettbewerb beim Spiel. Im Juni begannen die Vorbereitungen für unser Ferienheim bei Lastowitz-Beckern. Zum ersten Male war es uns möglich, 144 Kindern einen Ferienaufenthalt von einer Woche im eigenen, allerdings nur gemieteten Heim, in welcher Kindergemeinschaft zu gewährleisten. Wie groß war die Freude über den Besitz des Ferienheims — und wie groß die Trauer, als wir es den Winter über, der für unsere finanziellen Verhältnisse untragbaren Unkosten wegen, wieder aufgeben mußten. Um nun von neuem auf die Suche zu gehen.

34 Kinder konnten wir in den großen Ferien einen Ferienaufenthalt in Strehlen verschaffen. Dabei ließ die vorgezeichnete vier Tage bei vielen Kindern auf zwei bis drei Wochen ausgedehnt haben. Dabei sind Freundschaften zwischen den erwachsenen Genossen von Strehlen und den kleinen Genossen von Breslau geschlossen worden, die noch manche Ferien überdauern werden.

Der beginnende Winter fand uns dann wieder in den Eigenheimen der S. A. J. beim fröhlichen Spielen und Basteln. Leider nicht alle. Einige Gruppen müssen noch mit Schulzimmern vorlieb nehmen. Schulklassen aber riechen nach Zwang und absolutem Gehorsam und sind ungeeignet zu frühlichem Treiben. Um die Weihnachtszeit, der Zeit der Heimlichkeiten und Märchen, luden wir gemeinsam mit dem Arbeiterbildungsausschuß die Kinder der Genossen zu einem Märchenachmittage ins Gewerkschaftshaus. Über 1000 Kinder und mehrere hundert Erwachsene füllten den großen Saal bis zum letzten Platz.

Weihnachtsfeiern in den einzelnen Gruppen beschloßen die Arbeit des Jahres 1926.

Neben den Arbeiten in den Gruppen selbst gab es für die Kinderfreunde noch manche andere Beschäftigung. Galt es doch, während des Sommers, bei Distrikts- und Gewerkschaftsfest die Spiele der Kinder zu leiten. In Elternversammlungen die Eltern mit unseren Zielen vertraut zu machen, sie zur Mitarbeit und Unterstützung unserer Arbeit zu gewinnen, denn alle unsere Arbeit an den Kindern nützt uns nichts, wenn sie nicht von den Eltern unterstützt wird. Darum unser starkes Bemühen um die Gewinnung der Eltern, was leider von seiten der Eltern nicht immer anerkannt wird.

Für die Arbeit an den Kindern ist aber eine theoretische Grundlage eine unbedingte Notwendigkeit. Diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat der Bezirksausschuß von Schlesien im August einen Helferlehrgangskursus veranstaltet, unter Leitung von Genossen Felix Kanitz, dem Leiter der schlesischen Arbeiterkinderfreunde, wo die Grundlagen der sozialistischen Erziehung erarbeitet wurden. An diesem Kursus nahmen 66 Genossen aus dem Bezirk und 11 aus Breslau teil. Der Helferlehrgang und Förderung der Arbeit dienen auch die allwöchentlich stattfindenden Helferzusammenkünfte.

Die gesamte Arbeit wurde von 20 händig anwesenden Helfern getragen. Wir erhielten gelegentliche finanzielle Unterstützung.

klungen vom Arbeiterwohlfahrtsausschuß, einzelnen Distrikten und Gewerkschaften. Sammlungen in Betrieben und ein Regierunzsanktion aus dem Fonds für Ferienaufenthalt der Großstadtkinder erleichterten uns den Ferienaufenthalt im Heim, bei dessen Einrichtung wir die Hilfe eines „Bormärts“-Autos gern in Anspruch nahmen. Unermüdlich hat uns die „Volkswacht“ durch Aufnahme unserer Nachrichten geholfen.

All unsere Arbeit ist im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Proletariatskinder ein Tropfen auf den heißen Stein. Was bedeuten sechs Gruppen in einer solchen Stadt wie Breslau? 60 Kindergemeinschaften würden nicht ausreichen, alle Kinder aufzunehmen, sie von den Straßen fernzuhalten und sie ins letzte Glied der Arbeiterbewegung einzureihen. Tausende von Kindern sind noch nicht erfasst! Weissen Hand will da noch müßig sein?

Werdet Helfer, werdet Freunde und Förderer der Arbeiterkinderfreunde.



Der Direktor der Volksbibliothek, Pastor Dr. Moering, wurde kürzlich auf Grund seiner langjährigen Volksbildungsarbeit zum Direktor der Breslauer Volksbibliothek gewählt. Unser Bild zeigt Moerings Vortritt, gemacht von dem bekannten schlesischen Künstler, Professor Konrad von Kardorff, der seit einer Reihe von Jahren an der Breslauer Kunstakademie lehrt. Kardorff beging kürzlich seinen 50. Geburtstag und wird aus diesem Anlaß in einer Sonderausstellung in der Berliner Galerie Schulte gefeiert, in der auch dieses Porträt gezeigt wird.

Tagung des Verbandes der Schlesischen Presse.

In Breslau hatten sich am Sonntag die Mitglieder des Verbandes der Schlesischen Presse zu ihrer Jahrestagung zusammengefunden, um über Fragen des schlesischen Presselebens zu beraten. Aus dem eingehenden Geschäftsbericht des Verbandes vorstehenden Dr. Langensträßen, Breslau, war die reiche Fülle der Arbeit ersichtlich, die im Laufe des vergangenen Jahres im Interesse der schlesischen Presse geleistet worden ist. Besonders erfreulich ist das ständige Anwachsen der Mitgliederzahl des Verbandes, in dem jetzt der weitaus größte Teil der schlesischen Redakteure aller Parteilösungen organisiert ist. Die Kassen- und Vermögensverhältnisse des Verbandes der Schlesischen Presse gestalteten sich überaus günstig und ermöglichten die Durchführung der vorgeesehenen sozialen Aufgaben.

Ein besonderes Ereignis steht der schlesischen Öffentlichkeit in den kommenden Monaten bevor. Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Breslau, die am 28. und 29. Mai stattfindet und mit einer Ost- und Westreise durch Schlesien für reichsdeutsche Journalisten verbunden sein soll. Die Wahlen für den Vorstand des Verbandes der Schlesischen Presse ergaben folgende Resultate: 1. Vorsitzender Dr. Langensträßen, Breslau, 2. Vorsitzender Henke, Görlitz, 3. Vorsitzender Dr. Schlotter, Breslau, Schriftführer Spaethe, Breslau und Dr. Mahe, Breslau, Schatzmeister Kunge, Breslau und von Fritschen, Breslau, Beisitzer Birnbaum, Breslau, Kolliba, Breslau, Kiebel, Breslau, Goitsch, Breslau, Baumgart, Görlitz, Breßler, Hirschberg, Fritsche, Gleiwitz, Nieselt, Waldenburg und Wittig, Löwenberg.

Dem erkrankten Reichstagspräsidenten Löbe, der seit dem Gründungsjahr dem Verbande der Schlesischen Presse als Mitglied angehört, wurde ein Telegramm übersandt, das die Wiedererlangungswünsche der schlesischen Redakteure zum Ausdruck brachte.

Liebe Eltern und Freunde der Kinderfreundegruppe 3.

„Der 1. Mai, unser schönster Festtag!“ Darüber wollen wir uns am Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Heim der Waterloostraße unterhalten. Gemeinsam wollen wir diesen Tag für unsere Kinder schön und eindrucksvoll gestalten. Darum kommt zahlreich und pünktlich.

Aus der Bauhüttenbewegung.

Die am 22. Februar stattgefundene Aufsichtsrats- und Gesellschaftsversammlung der Bauhütte Breslau G. m. b. H. nahm von dem Bericht über das letzte Geschäftsjahr Kenntnis und genehmigte die in Aktiven und Passiven mit rund einer halben Million Mark abschließende Bilanz. — Mit Genugtuung begrüßte sie den befriedigenden Jahresabschluss und gab ihrer Freude Ausdruck, daß es wiederum möglich war, der Belegschaft auf der Grundlage des alten nicht mehr in Geltung befindlichen Tarifvertrages Urlaub zu gewähren.

Die Geschäftsleitung berichtete, daß der Ausbau des Betriebes durch Anschaffung zahlreicher Maschinen und erhebliche Vergrößerung des Rüstzeug- und Geräteparkes weiter ganz wesentlich vorgeritten wäre. Ebenso sei mit der Erziehung von Wohnhäusern auf dem eigenen Gelände westlich der Stolzestraße begonnen worden. — Da auch im neuen Jahre mit einer großen Zahl namhafter Bauaufträge zu rechnen ist, wird ganz zweifellos die Entwicklung des sehr gut fundierten Unternehmens der Bauhütte Breslau G. m. b. H. weitere bedeutende Fortschritte machen.

Ertraggeber.

Wir veröffentlichen hier in Zukunft regelmäßig Ratsschlüsse für besondere Vorfälle des täglichen Lebens.

Ausschneiden! Aufheben! Was hat beim Todesfall zu geschehen?

1. Sofort ist die Todesbescheinigung eines Arztes zu beschaffen.

2. Dem zuständigen Standesamt ist der Sterbefall zu melden. (Geöffnet wochentags 8—2 Uhr, Sonntags geschlossen; an Feiertagen in der Woche von 12—1 Uhr.) Anzeigepflichtig ist das Familienhaupt oder der Wohnungsinhaber. Weise dich über deine eigene Person durch Urkunde aus und lege Besondereinverständnisse des Verstorbenen vor (Geburtsurkunde, Ehefähigkeitsbescheinigung, Taufschein, Familienstammbuch). Das Standesamt stellt eine Sterbeurkunde in mehrfacher Ausfertigung für Kirche, Krankenkasse, Lebensversicherung, Versorgungsamt usw. aus.

3. Kaufe Sarg und Sargbewäsche beim Bestattungsamt der Stadt Breslau, An der Elisabethkirche 3/4 (Altes Elisabethgymnasium) oder bei einem Bestattungsgeschäft. Hier können auch die Aufbahrung im Trauerhause, Begleitwagen, Traueranzeigen usw. bestellt werden. Es ist jezt im allgemeinen Brauch, von der Leichenhalle des Friedhofes zu beerdigen. Die Beerdigung im engeren Sinne von Angehörigen der katholischen und evangelischen Konfessionen besorgen die Kirchengemeinden; sie übernehmen von der Wohnung nach der Friedhofshalle mit kirchlichen Leichenwagen und Trägern, stellen Grabstelle und Totengräber bereit und sorgen für die Feier in der Friedhofshalle und am Grabe. Die Beerdigung derjenigen, die aus der Kirche ausgeschlossen sind, hat ebenso wie derjenigen, die den verschiedenen christlichen Gemeinschaften außerhalb der evangelischen und katholischen Kirchen angehören, die Stadtgemeinde auszuführen. Sie ist beim städtischen Bestattungsamt zu bestellen.

Um die Feuerbestattung zu veranlassen, begib dich, war der Verstorbene Mitglied des Vereins der Feuerbestatter für Feuerbestattung, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftshaus, oder eines anderen Feuerbestattungsvereins, mit der Sterbeurkunde und der freiwilligen Verfügung des Toten über die Feuerbestattung zu der Geschäftsstelle des Vereins, sonst zum Bestattungsamt, von wo alle Formalitäten erledigt werden.

4. Begib dich mit Ausfertigungen der Sterbeurkunde zu denjenigen Behörden, Körperschaften, Verbänden (Krankenkasse, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Gewerkschaft, Partei), die für den Verstorbenen Sterbegeld oder Beihilfen zu zahlen haben.

Sind Mittel zur Bestattung nicht vorhanden, so fertigt der zuständige Bezirksvorsteher oder Wohlfahrtspfleger eine Anweisung auf freien Sarg und freie Bestattung — auch Feuerbestattung, wenn sie der Tote angeordnet hat — aus.

5. Erdbestattungen von Angehörigen der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden sind unter Vorlegung der Sterbeurkunde bei der zuständigen Kirchengemeinde zu bestellen (wochentags 8—1 Uhr, verschiedentlich auch 8—3 Uhr oder 8—1 Uhr und 3—6 Uhr; Sonntags 11—1 Uhr). Soll in einem anderen Kirchspiel beigelegt werden, so muß mit beiden Kirchengemeinden in Verbindung getreten werden.

6. Begib dich wegen Auswahl der Grabstätte nach dem Friedhof, vor allem dann, wenn du eine bevorzugte Grabstätte erwerben willst.

Ueber alle Fragen des Friedhofs- und Bestattungswesens erteilt das Bestattungsamt der Stadt Breslau, An der Elisabethkirche 3/4 (altes Elisabethgymnasium) — Fernsprecher Magistrat 320, geöffnet 1/8—6 Uhr — bereitwilligst kostenlose Auskunft.

Freie Elternvereinigung.

In der am 25. Februar stattgehabten Generalversammlung gab Genosse Gabriel einen Rück- und Ausblick, der vom Genossen Fietich ergänzt wurde. Die Aussprache führte zur Annahme folgender Entschließung, die der Öffentlichkeit wie auch den maßgebenden Stellen unterbreitet wird:

Nachdem in der Generalversammlung am 25. Februar den Eltern berichtet wurde, daß Gefahr besteht, für die beantragten elf neuen Klassen an den Sammelschulen, sagt die Versammlung einstimmig folgende Entschließung:

Die Generalversammlung der Freien Elternvereinigung hat mit Entrüstung von dem Beschlusse eines Magistrats-Unterausschusses Kenntnis genommen, durch den die Errichtung der Oftern 1927 für die Sammelschulen notwendiger elf neuen Klassen stark gefährdet ist. Die Generalversammlung sieht in diesem Vorgehen des Magistrats eine bewußte Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes der Eltern, ihre Kinder einer ihrer Anschauung Rechnung tragenden Schule zuzuführen. Sie fordert für die Sammelschulen die gleiche wohlwollende Behandlung, wie sie den konfessionellen Schulen zuteil wird. Die Mitglieder und Freunde der „Freien Elternvereinigung“ sind fest entschlossen, ihre Kinder nur den Sammelschulen zuzuführen, für die sie rechtmäßig und ordnungsmäßig angemeldet haben. Läßt der Magistrat diesen berechtigten Entschluß unberücksichtigt, so werden wir uns unser Recht im schärfsten Kampfe gegen den Magistrat mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln erzwingen. Unsere Geduld ist zu Ende.

Bei der Vorstandswahl wurden zu Vorsitzenden die Genossen Jakob und Gabriel gewählt. Dem Genossen Wilde sei auch hier nochmals herzlich gedankt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Für die abwesenden Eltern gilt der Ruf: Seid auf der Hut, eure Schule ist in Gefahr!

Wieder ein großes Schwindelunternehmen.

Der Untersuchungsrichter des Landgerichts Breslau, Landgerichtsrat Dr. Frankel, ersucht uns um folgende Bekanntmachung: Alle durch den Reichsbaubund (Geschäftsführer Fritz Appelt und Georg Kinnemann) Geschäftsführer müssen ihre Ansprüche im Zivilprozeßwege geltend machen. Die alleinige Mitteilung an Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter genügt zur Geltendmachung von Ansprüchen nicht. Die Ursache für diese Bekanntmachung ist ein Schwindelunternehmen, das im Jahre 1926 unter der Bezeichnung Reichsbaubund an die Öffentlichkeit trat. Als Geschäftsführer betätigten sich Appelt und Kinnemann. Der letztere ist schon mit 5 Jahren Zuchthaus vorbestraft. Er befindet sich in Haft, während Appelt flüchtig ist. Nachdem in einer Bauzeitung vor diesem zweifelhaften Unternehmen gewarnt worden war, ließ die Staatsanwaltschaft Ermittlungen anstellen und da ergab sich, daß die beiden geschäftstüchtigen Leute Prospekt verschickten, in denen darauf hingewiesen wurde, daß der Reichsbaubund mit wenig Geld Häuser bauen könne, wenn sich viele an der Hinterlegung der Grunderwerbskosten beteiligen würden. Auf dieses verlockende Angebot fielen viele Hundert Leute herein, die Summen von 300 bis 3000 Mark einzahlten. Als die Geschäftsführer dieses Reichsbaubundes merkten, daß sie hier in Breslau abgezirkelt hatten, gingen sie nach Berlin. Hier konnte Kinnemann verhaftet und einige tausend Mark konzipiert beschlagnahmt werden. Täglich gehen nun sowohl an die Polizei, an die Staatsanwaltschaft und auch an den Untersuchungsrichter Mitteilungen von Geschädigten nicht nur aus ganz Schlesien, sondern aus allen Städten des Reiches ein. Da diese Stellen aber lediglich für die strafrechtliche Seite zuständig sind, sind Ansprüche auf Zurückzahlung des Geldes im Zivilprozeßwege geltend zu machen, der natürlich auch nur Erfolg hat, wenn die „Geschäftsführer“ über Geß verfügen.

Bürgerlicher Sport.

Fußball.
 F. S. E. 08 — Sport- und Turnklub Görlitz 4:1
 F. S. E. — Brandenburg Caribus 4:1 (2:2)
Sandball.
 F. S. E. — Polizei 2:0
Sandball der Turner.
 M. T. R. Kattibor — Sacrau 0:0 (4:1)

Breslau (Land)-Neumarkt.

Krieteren. Krieteren unterzeichnet den Einigungsvertrag! In der Sitzung der Gemeindevorstellung am Sonnabend, den 26. dieses Monats, wurde dem mit der Stadt Breslau vereinbarten Einigungsvertrag einstimmig zugestimmt. Die Unterzeichnung erfolgt in den nächsten Tagen.

Klottenhof. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen heute Abend um 8 Uhr im Heim zusammen. Besprechung des Monatsprogramms und Aussprache. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Klottenhof. Seinen 60. Geburtstag feiert am Mittwoch unser langjähriger Genosse und Volkswachtmeister **Wolfs Harnpef**, Kirchstraße 18. Wir hoffen, ihn noch lange Zeit als Mitkämpfer in unseren Reihen zu sehen und wünschen ihm zu seinem Fest alles Gute.

Aus dem Kreise Nimpfisch.

Vom Reichsbanner.

Am Sonnabend veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Nimpfisch, veranlaßt durch die Kameraden aus Kittlau, anlässlich der Werbeweche einen Propagandamarsch durch die Stadt nach dem benachbarten Dirsdorf. Der Zug bewegte sich unter Fackelbeleuchtung vom Bahnhof durch die Stadt bis zum „Wasserfall“ in Dirsdorf, wo er von den Dirsdorfer Kameraden empfangen wurde. Im überfüllten Saal dieses Lokals fand eine Werberversammlung statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Dirsdorf, Kamerad **W. Ende**, begrüßte die Anwesenden. Darauf sprach Kreisleiter, Kamerad **Kantor Meyer**, über das Thema: „Reichsbanner und Republik“. In seiner Rede behandelte Referent zunächst die auf der letzten Kreisführerkonferenz in Breslau zur Erörterung gestellten Fragen und die Frage der Regierungsbildung. „Wer trägt Schuld am Zustandekommen einer solchen Regierung?“ „Ist es die Haltung des Zentrums?“ Das Reichsbanner müsse jedoch auf jeden Fall seinen überparteilichen und religiös neutralen Charakter wahren und die Fühlungnahme mit den Zentrumskameraden dürfe auf keinen Fall getrübt werden. Bezeichnend ist, daß nirgends die Stellungnahme des Zentrums zum Reichsbanner so schlecht ist, wie hier in Schlesien. In Nimpfisch kommt dies besonders stark zum Ausdruck. Im Weiten Deutschlands bedeute das Zentrum und insbesondere die christliche Arbeiterkraft einen bedeutenden Stützfaktor des Reichsbanners. Die „gesundenen Raubritter“, die Deutschnationalen, fanden samt ihrer Umfallpolitik ihre gebührende Würdigung. Besonders gezeichnet wurde ihre neue politische Linie, ihre neu entdeckte Republikfreundlichkeit, die in der Parole:

Quartiere gesucht!

Für die Nacht von Sonnabend, den 22. März zu Sonntag, den 23. März dieses Jahres, werden eine größere Anzahl Quartiere für die aus der Provinz kommenden Delegierten zum Bezirksparteitag benötigt.

Wir bitten alle Parteigenossen, denen es die räumlichen Verhältnisse irgendwie erlauben, uns Quartiere zur Verfügung zu stellen.

Mit Rücksicht auf die recht beschränkten Mittel, die den Delegierten von ihren Organisationen zur Verfügung gestellt werden können, muß Wert darauf gelegt werden, eine Anzahl billiger oder freiquartiere zu bekommen.

Wir bitten bringen, diesem unseren Appell Rechnung tragen zu wollen. Die Meldung der uns zur Verfügung stehenden Quartiere ist im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Marsgaretenstraße 17, Zimmer 37, II, zu machen.

„Gibst in den Staat“, ihren Ausdruck findet. Der Referent sprach dann über die Forderungen des Reichsbanners, deren hauptsächlichste sind: Entpolitisierung der Reichswehr, Befehung von leitenden Stellen der Schule wie aller höheren Verwaltungsklassen mit entschiedenen Republikanern. Eine besondere Berücksichtigung verdiene hierbei die Justiz, zu der breite Massen des deutschen Volkes ihr Vertrauen bereits verloren haben, Revision des Friedensvertrages, Verständigungspolitik. Die Erfolge des Reichsbanners sind bekannt genug, zur rechten Zeit ist es, daß dem Weiblich des Kameraden **Hering**, auf den Plan getreten. Unermüdbare Werbetätigkeit sei zur Stärkung unserer Reihen notwendig. Trotz der Regierungsbildung sind Austritte nicht zu verzeichnen. Der Bayerische Bauernbund habe sich dagegen zum Reichsbanner bekannt. Nicht nur diese Woche, sondern 52 Wochen im Jahre müsse geworben werden. Mit einem begeistert aufgenommenen „Frei Heil!“ auf die Republik schloß der Referent. Die Kapelle spielte das Bannerlied. Unter Verschiedenem wird bekannt gegeben, daß Kamerad **Schneising-Nimpfisch** in Heidersdorf zehn neue Mitglieder geworben hat. Kamerad **Meyer** spricht ihm den Dank der Ortsgruppen- und Kreisleitung aus. In Heidersdorf wird demnächst eine Verammlung abgehalten werden. Nach Abingen des Bannerliedes schließt Kamerad **Mende** die erfolgreiche Versammlung.

Genossenschaftswesen.

Das Zündholz der Genossenschaft.

Manche Dinge für den Lebensbedarf werden in den mühseligen Betrieben der genossenschaftlichen Einkaufs- und Produktionszentrale, der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., hergestellt. Alles, was die organisierten Verbraucher an Bedarf haben, kann heute noch nicht in

genossenschaftlichen Eigenbetrieben erzeugt werden. Dahin es erst noch kommen.

Von allen Verbrauchsartikeln macht einer aber eine Ausnahme. Das ist das Zündholz. Konsumvereine, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, angehörend, können nur noch ein Zündholz für ihre Mitglieder führen, nur noch das Zündholz GEG. Verteilungen in der Zündholzindustrie haben den Absatz von Zündhölzern aus Privatfabriken an Konsumvereine aufgehoben. Unsere Konsumvereine werden leither nur durch die Zündholzfabriken der GEG. beliefert. In den Verteilungstellen der angeschlossenen Konsumvereine können nur GEG-Zündhölzer gehalten werden. Für die Mitglieder der Konsumvereine ist damit das Zündholz GEG. das Zündholz, das ein Zündholz der Genossenschaftsfamilie geworden.

Wo man etwa jetzt noch in einer Genossenschaftsfamilie andere als GEG-Zündhölzer antreffen sollte, da weiß man entweder, daß sie nicht in der Verteilungstelle der Genossenschaft entnommen worden sind, oder allenfalls, daß sie noch von früheren Vorräten herstammen, oder daß die Genossenschaft der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossenen ist. Solche Verteilung gibt es aber nur vereinzelt, und viele Vorräte dürften auch nicht mehr vorhanden sein. Schließlich aber ist das Zündholz GEG. so vorzüglich, daß es keine Begründung mehr für den Gebrauch eines anderen gibt. Das Zündholz GEG. ist das Zündholz der Genossenschaftsfamilie.

Soziales.

Kammergerichtsentscheid in Mieterstreitigkeiten.

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt folgende neue Rechtsentscheidungen des Kammergerichts in Mieterstreitigkeiten bekannt. Das Wohnungsamt kann die durch Tauschung veranlaßte Zumeisung einer Wohnung nach Abschluß des Mietvertrages zurücknehmen, wenn der Mieter beim Vertragsabschluß die Täuschung kannte. (22. 12. 1926; 17. Y. 80/26.)

Im Verfahren betreffs Ersetzung der Zustimmung des Vermieters zum Wohnungsaustausch (§ 8 des Wohnungsmangelsgesetzes) hat das Mietseignungsamt zu prüfen, ob der Tausch ernstlich gewollt ist, insbesondere, ob der Mieter die einzutauschende Wohnung benutzen will. (22. 12. 1926; 17. Y. 104/26.)

Das Wohnungsamt kann die durch Tauschung veranlaßte Genehmigung zu einem abgeschlossenen Mietvertrage nur zurücknehmen, wenn der Mieter bei der Erteilung der Genehmigung die Täuschung kannte. (22. 12. 1926; 17. Y. 92/26.)

Im Verfahren betreffs Ersetzung der Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung (§ 29 des Wohnungsmangelsgesetzes) streitig, ob in den untervermietenden Räumen eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung geführt werden soll, so hat das Mietseignungsamt bei seiner Entscheidung vom Sachvortrag des Mieters auszugehen. (22. 12. 1926; 17. Y. 100/26.)

Das Mietseignungsamt darf den Antrag auf Feststellung oder Festsetzung der Friedensmiete nicht deshalb zurückweisen, weil der Antragsteller einen von ihm gebildeten Sachverständigen für die Festsetzung eines Sachverständigen nicht gehabt hat. (22. 12. 1926; 17. Y. 105/26.)

Zigaretten mit **echtem** Stroh-Mundstück
 5—10 Pf.
Persimmon 8 Pf.
 weltberühmt

Patent **Strohalm** Patent **Zigaretten**
Anhuri Shu 10 Pf.
 L. Przedekl, Breslau II, Berlin W. 8, Passage 45/46

Zigaretten Kork-, Gold-, ohne Mundstück,
 3—6 Pf.
Bairam
 hervorragende Qualitäten.

Stammhaus gegründet 1860

Samilien-Anzeigen

Am 26. Februar, nachmittags 6^{1/2} Uhr, verschied sanft nach längerem Leiden unser Mitglied
Frau Elisabeth Friedrich
 im besten Alter von fast 37 Jahren
 Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
 Die Mitglieder des Schärpenevereins der
 Laserkerbräuserei E. Haase
 (Freie Vereinigung).
 Beerdigung: Mittwoch, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy.

Am Sonnabend, 26. Febr., abends 6^{1/2} Uhr, verschied nach längerer Krankheit unsere Genossin
Frau Elisabeth Friedrich
 im besten Alter von 37 Jahren
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
 Die Genossinnen u. Genossen des Ortsbezirks 26
 des Sozialdemokratischen Vereins.
 Beerdigung: Mittwoch, den 2. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle Dürrgoy.

Am 26. Februar verschied unser Mitglied
Frau Elisabeth Friedrich
 im Alter von 37 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Sozialdemokr. Partei Deutschlands,
 Ortsgruppe Breslau. 5174
 Beerdigung: Mittwoch, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy.
 Trauerhaus: Löschestraße 1a, Distrikt 26.

Am 26. Februar, nachmittags 5^{1/2} Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante,
Frau Emma Hindemith
 geb. Reiche
 im Alter von 55 Jahren.
 Im tiefsten Schmerz
 Breslau, den 1. März 1927
Der trauernde Gatte nebst Kindern.
 Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen aus.

Cremers Tapetenhaus
 Tapeten in großer Auswahl, Rolle von 20 Pf. an
 Fußbodenlackfarbe 1-kg-Büchse 1.50 Mk.
Alte Taschenstr. 22

Pfänderauktion!
 Verlängerung bis 4. März
Leihhaus Brüll & Co.,
 Matthiasstraße 88.

Reichweise elegante
Frau A. Patalong
 Schneidermeisterin
 Bischofstraße 3.

Elegante
Blusen
 von 2 Mk. an, sowie Herren-
 aufertigung billig!
Lander, Sedwitz 23, I

Bitte bei allen Ein-
 käufen stets
 die Inserenten unserer
 Zeitung zu berücksichtigen

Verloren!
 Goldene,
 kurze Uhretette.
 mit Medaillon W. H.
 gezeichnet. 2279
 Gegen Belohnung abzugeben
 Karl-Willh.-Str. 28/30, I. L.

Gelegenheitskauf
 für Konfirmanten usw.
Silb. Herren-Uhren
 fabrikneu 2631
 mit Gang-Garantie
 in Schweizerwerk 15.00
Leihhaus Müller & Co.
 Oblander Straße 56, I. Etg.

Frau-Emilings u.
Koch-Anzüge
E. P. Pöschel
 Köpferstraße 79, I. Stöckchen
 Kaufhaus

Zwohnungen
 Junger Mann
 findet 177
Logis
 bei Richter, Sternstr. 37, I.

Berufliche
Kaufmännchen-Anz.
 billig zu vert. Burgstraße 7
 Argwelski. 6702

6 Nähmaschinen
 Singer, von 30 Mk. an.
 5 Jahre Garantie. Wanders,
 Gröbchenstr. 5, Laden.

Damenmäntel 8.00
 am zu können von
 in großer Auswahl
 Urban, Karlstr. 1, 2. Etg.

Ich schmecke gut, mache satt und bin nicht teuer

6 Teller wohlschmeckende und nahrhafte Erbsensuppe ergebe ich in 20 Minuten in Wasser ohne jede Zutaten gekocht. Wer nicht 6 Teller auf einmal essen kann, braucht nur Teile von mir zu kochen, denn ich bin in Portionen zu je 1 Teller eingeteilt.

Knorr Erbsenwurst

und andere Suppen in Wurstform, wie Blumenkohl, Ochsenchwanz, Spargel, Grünkern usw.

Dr. Senfner-Brot

Gegen einen frühen Tod Schützt dich Dr. Senfner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden. Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.

Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen

Liederbuch
 des Reichsbanners
 Schwarz-Rot-Gold
 69 Lieder mit Noten
 Preis 80 Pf.
 Volkswacht-Verlag

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frauen des schaffenden Volkes Preis 30 Pf.
 Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich
 kannst Du Dir gewisse Bücher von
 unserer Bibliothek ausleihen.
 Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Gewerkschaftsbewegung.

Die Großtat der Gewerkschaften.

„Dass diese Verhältnisse sich in einem halben Jahrhundert grundlegend verändert haben, ist in erster Reihe die Großtat der Gewerkschaften. Ihr tagtäglich Kampf und ihre tagtägliche Erziehungsarbeit haben der Arbeiterklasse nicht nur das Bewusstsein gegeben, sondern auch innerlich derart gewandelt und gehoben, daß ihre Stellung im öffentlichen Leben eine völlig andere geworden ist. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Arbeitern nicht nur äußere Anerkennung erkämpft, sondern ihnen auch eine innere Kultur gegeben, aus dem Arbeitsklaven, aus dem verachteten „Fabriker“ ist der freie Mensch, ein Mitbürger, geworden. Die Organisation, die ihr Leben dem Entstehen des vierten Standes verdankt, hat sich praktisch zum großen Teile wieder aufgehoben und an seine Stelle die einheitliche Front der Arbeitnehmer gerückt. Ein klares Zeichen dieser Einheitlichkeit, die nur durch die Überwindung der früher so stark hervortretenden Kulturunterschiede möglich wurde, ist die Tatsache, daß sowohl die Angehörigen wie die Beamten sich nach dem Vorbild der Arbeitergewerkschaften organisiert und sich mit ihnen zusammengeschlossen haben.“

Die Gewerkschaften haben diese Leistungen nur vollbringen können, weil sie sich niemals darauf beschränkten, Kartelle der Arbeiterkraft zu sein, sondern getragen waren von der Idee des Kampfes für ein hohes Ziel. Dieser Klassenkampfgedanke ist ihnen oft zum Vorwurf gemacht worden, ist ihnen oft als rein utopisch ausgelegt, aber erst diese große Vision, die Befreiung der Klasse, hat den Mitarbeitern am Werke die unermüdete Hingabe, die Fähigkeit zur reiflichen Hingabe verliehen, die die Bewegung zu dem gemacht, was sie ist: Eine Organisationsbau der Schwachen und Bedrückten, wie ihn keine andere Kraft aufzurichten vermocht hat, ein Gemeinschaftswerk, das seine Kraft schöpft aus der Massenhaftigkeit, aber dank seiner ideellen Stärke eine Bedeutung erlangt hat, die weit über die Summierung der materiellen Kräfte hinausgeht. Die einst kumpische Masse ist in ihrer Organisation, durch ihre Organisationskraft schaffender, wirkender Geist geworden.“

Aus dem soeben erschienenen Buche „Arbeitergewerkschaften“ von Dr. Jeanette Cassau. Verlag: Meyers Buchverlag, Halberstadt.

Das Mein der Grubenherren.

Auf dem Wege gütlicher Verständigung wird auch im Ruhrbergbau die Arbeitszeitfrage geregelt werden. Nach den Erklärungen der Gewerkschaften wird in dieser Lage stattgefundenen ersten Verhandlungsbemühungen, ist es zuzurechnen, daß die Grubenherren völlig aussichtslos. Verhandlungen sind für das deutsche Untertagebergbau und vor allem die sehr selbstbewußten Grubenherren allmählich zu einer Form der Formalität geworden. Man wahrte nur das Gesicht, das nicht scheitern durfte.

Die Grubenherren haben bei den Verhandlungen wie üblich die Kinder und Kleinen sich erst nach einmal lang und kurz ergründet, was die Bergarbeiter zur Arbeitszeitverkürzung forderten. Die Gewerkschaften erklärten, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit und den zum Manteltarif gehörenden Vorschlägen die Situation klar gekennzeichnet sei. Der bisherige Manteltarif ist bekanntlich die Arbeitszeit mit 8 bzw. acht Stunden festgesetzt. Das bestehende Ueberarbeitsverhältnis, in welchem zu der im Manteltarif festgelegten Arbeitszeit eine bzw. zwei Stunden Ueberarbeit vorgehen ist, galt als abschließend zum Manteltarif, das jedoch für sich gekündigt und aufgehoben werden konnte, ohne daß die im Manteltarif festgelegte Arbeitszeit davon berührt wurde. Ferner ist bei den Verhandlungen angetragen worden, daß die Bestimmungen, die die Ueberarbeit betreffen, nicht geändert werden, sondern die Ueberarbeit nach Vorentscheidung der Grubenherren gelten solle. Eine Ueberarbeit der bisher im Manteltarif festgesetzten Arbeitszeit ist von den Gewerkschaften nicht bestritten. Dieser klare Tatbestand genügt noch nicht, Herr Grubenherren, als Leiter der Verhandlungen verlangte noch eine andere Erklärung. Daraufhin betonten die Gewerkschaften, daß nach ihrer Auffassung eine siebenstündige Arbeitszeit für unter Tage und eine achtstündige für über Tage festgesetzt werden müsse und hierzu eine eingehende Begründung.

Die Unternehmervertreter spielten die Verhandlungen. Sie erklärten, die Forderungen der Gewerkschaften seien die eben erst ankommende Besserung in der Wirtschaft zu sein. Selbst Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung oder zu anderen Forderungen des Manteltarifs zu machen, hielten die Unternehmervertreter für überflüssig. Sie bequamen sich lediglich zu mündlich vorgelegten Forderungen, in den Manteltarif die Bestimmungen aufzunehmen, daß hinsichtlich der Arbeitszeit die geltenden Bestimmungen gelten sollten. Anderweitige Regelungen könnten durch entsprechende Abkommen herbeigeführt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit müßte sie sowohl für unter Tage wie für über Tage entschieden ablehnen.

Die Grubenherren denken nicht daran, von sich aus sich um die Verkürzung mit den Grubenarbeitern zu bemühen. Die Verhandlung werden daher auf dem Posten sein und um ihre Organisationen klaren müssen, wenn bei ihrem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit etwas herauskommen soll. Der Kampf wird hart und scharf werden.

Endlich!

Die von den Gewerkschaften geforderte, und von allen bisherigen Reichsregierungen versprochene Neueinrichtung des Arbeitswesens auf paritätischer Grundlage soll nun endlich einen Schritt weiterkommen. Der seit fast vier Jahren fertiggewordene Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes ist am heutigen Tage vom Reichskabinett verabschiedet, dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt. Jetzt steht bereits, daß der Entwurf der gleichzeitigen Mitwirkung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Ausschüssen vorliegt, die bei den verschiedenen Handels- und Handwerkskammern zu errichten sind. Die Landwirtschaft soll dem Geltungsbereich des Gesetzes entzogen sein. Hierin kommen bereits die Auswirkungen der veränderten Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrats zum Ausdruck; denn bisher war vorgesehen, daß auch die Landwirtschaft unter das Gesetz fallen soll. Die Schaffung der Ausschüsse bei den Berufskammern kann grundsätzlich als ein Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des § 166 der Reichsverfassung (Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft) betrachtet werden. Die Arbeiterklasse wird sich aber durch dieses Zugeständnis nicht von dem Drängen nach vollständiger Erfüllung dieses Versprechens der Verfassung abbringen lassen.

Den Agrariern ins Gewissen!

Die Rundgebung der Landarbeiter Schlesiens.

Die am Sonntag mittag im Landeshaus in Breslau vom Deutschen Landarbeiterverband veranstaltete Rundgebung gibt der gesamten Bevölkerung der Provinz Schlesien ein Bild ungläubiger brutaler Ausnützung der Not der schlesischen Landarbeiterschaft.

Die Arbeitgeberorganisation der Großgrundbesitzer hat den bestehenden über die Mäßen schlechten Lohn- und Arbeitslohnvertrag gekündigt und ist von dem vom Schlichter, Oberpräsident a. D. Philipp, angelegten Einigungsverhandlungen, zu denen sie drei Abtute und den Dr. Feige entsandte, feige fortgelaufen, weil der Schlichter nicht ihren Willen tun wollte. Mit diesen kurzen, klaren Worten etwa leitete Kollege Bernier seinen Vortrag ein. Er ging sodann auf die Feststellungen ein, daß die Löhne der Lohnarbeiter und Ackerlöhner als der Hauptgruppen der Arbeiter seit Einführung der Goldmark im November 1923 in stetigem Fallen begriffen sind, obgleich die Erzeugnisse der Landwirtschaft seitdem um durchschnittlich 100 Proz. im Preise gestiegen. Zurzeit ist der Lohn eines Ackerlöhners außer Deputat pro Stunde 8,5 P., eines jugendlichen Freiarbeiters über 17 Jahre und Frauen 13 P.

Ackerlöhner und Lohnarbeiter also pro Woche bei 60stündiger Arbeitszeit 5,10 Mark, bei 42stündiger Arbeitszeit (Winter) 3,57 Mark. Hiervon gehen die Sozialbeiträge ab, so daß immer 1,20 Mark weniger sind. Als Ausgleich bieten die Agrarier die Wiedereinführung der Gesindeordnung mit ihrem Hofesgänger-unwesen an. Das heißt, sie fordern von den verheirateten Arbeitern, daß sie alle ihre Kinder in dasselbe Hof einspannen, um diesen dann noch weniger Lohn geben zu brauchen. Arbeiter unter 17 Jahren erhalten nämlich bei 60stündiger Arbeitszeit 6,66 Mark Wochenlohn; Arbeiterinnen unter 17 Jahren 5,46 Mark im Sommer und 2,58 Mark im Winter, bzw. männliche 3,42 Mark.

Deputantenfrauen, die wegen der Kinder und häuslicher Arbeiten nur etwa vier Tage in der Woche arbeiten, verdienen damit 4,77 Mark im Sommer, im Winter meist gar nichts. Und dann beklagt man sich über die Landflucht!

Die Leidtragenden dabei sind nachgewiesenermaßen die Landkrankenanstalten, die eine immer steigende Zahl der Krankentage zu verzeichnen haben.

Die Lungentuberkulose greift auch schon in die Reihen der doch bisher immer als sehr gesund angesprochenen Landarbeiter. Kleidung und Hausrat anlangend, ist ein undenkbarer Zustand eingetreten, so daß einige Behördenvertreter gelegentlich einer Führung durch Arbeiterhaushalte haben, nicht mehr weiter zu gehen, weil sie nach ihrer Meinung das nicht mehr ansehen könnten. 6 bis 12 Personen; Kinder und Erwachsene durcheinander, oft zu dritt in einem Bett, selten zu zweit, gekleidet tatsächlich in Lumpen. In der Stube das Werkzeug (Spaten, Kreuzhacke usw.) unter dem Bett Kohlen und Kartoffeln, letztere faulend, weil die Wohnung wegen der Kälte schlecht geflüftet wird. Das ist der Inhalt der gelassenen Worte deutscher Landwirte: „Der Landarbeiter soll an das Gesicht der Landwirtschaft interessiert werden und an sie gehalten sein!“

„Es darf keinem Arbeiter gleichgültig sein, wie ein Beamter organisiert ist.“

Aufforderung eines Arbeiterorgans zur Unterstützung der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung.

Die „Solidarität“, das Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, richtet in seiner Nr. 8 vom 19. Februar am Schluß eines Artikels, der sich mit Beamtenfragen befaßt, folgende Aufforderung an die Arbeiterschaft:

„Dann aber unterstützen man die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung. Es darf keinem Arbeiter gleichgültig sein, wie ein Beamter organisiert ist. Diese Hilfe wird den Arbeitern selbst sehr dienlich und nützlich sein. Auf den Arbeits-, Finanz- und Versicherungsämtern, bei der Post, Polizei, auf dem Gericht, bei allen Behörden sitzen Beamte, die den freigeschaffenen Arbeitern nicht wohlwollen. Wir haben die Pflicht, mit ihnen zu wirken, daß die freien Beamtenorganisationen erstarken. Sie bieten Gewähr dafür, daß endlich mit den gekennzeichneten rückständigen, uns und der Republik feindschaftlichen Elementen aufgeräumt wird und diese skandalösen Zustände aus der Republik verschwinden.“

Diese Sätze sind ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft, die eine jahrzehntelange, opferreiche, politische Schulung hinter sich hat, ganz klar den Wert einer republikanisch eingestellten Beamtenorganisation erkennt. Sie sind demnach auch die schlagendste Widerlegung der niederrückigen Behauptung von D.B.-Seite, daß die Arbeiter im ADGB von den Beamten nichts wissen wollen.

Neues Schlichtungsverfahren im Lohnstreit der schlesischen Landarbeiter.

Zur Beilegung des Lohnstreits in der schlesischen Landwirtschaft wird ein neues Schlichtungsverfahren durchgeführt. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium finden am Montag, den 7. März, statt.

Konferenz der Chauffeewärter Schlesiens.

Die Landstraßenwärter hielten am 26. und 27. Februar im Gewerkschaftshaus eine Konferenz ab. Als Gäste waren erschienen die Genossen Wierich, Mahe und Ruffert, die namens der Partei und des ADGB Begrüßungsansprachen hielten. Auch der Vertreter des kommunalen Arbeitgeberverbandes, Kreisbaumeister Ueber, nahm an der Konferenz teil. Direktor Bollbracht von der Continental-Strassenunternehmensgesellschaft berichtete über seine sachmännlichen „Erfahrungen mit neuesten Straßenbestimmungen unter Berücksichtigung des starken Autoverkehrs“.

Herr Bollbracht meinte, der moderne Straßenbau sei in erster Linie eine Frage des Geldes. Die wassergebundene Chaussee und die alte Schlütschausee hätten sich noch nicht ganz überlebt. In der Schweiz seien die Verhältnisse vielfach vorbildlich. Der Redner erläuterte die verschiedenen Systeme der Oberflächengestaltung. Bei der Oberflächengestaltung müsse der Teer tiefer in die Schotterdecke eindringen. Die Teerung oder Kalkspaltierung habe ihre Zukunft. Früher konnte man nur

Wenn dann noch wenigstens eine Begründung für solche Zustände etwa in der schlechten Preisbildung zu finden wäre. Wir wissen aber zu genau, daß seit der Schlußdebatte im Reichstag 1925 alle landwirtschaftlichen Produkte im Preise nahezu bis zur Unertüchtigkeit gestiegen sind.

Statistisch wird auch nachgewiesen, daß die Erträge quantitativ sich gegenüber der Vorkriegszeit nahezu verdoppelt haben.

In einzelnen Kreisen kommen die Landräte den Großgrundbesitzern mit der Entziehung der Erwerbslosen-Unterstützung an Angehörige der Arbeiterfamilien zu Hilfe und wollen so die Kinder der Landarbeiter aus anderen Berufen herausreißen und scheuen sich nicht, den Eltern die Wohnung zu kündigen, wenn der Sohn oder die Tochter nicht zu ihnen arbeiten kommt.

Auch die Gerichte springen den Besitzern zu Hilfe, wie an Hand von Urteilen nachgewiesen wird. Von den Richtern der Republik sind wir ja schon starken Tabak gewöhnt. Die kleinen Besitzer sind erfreulicherweise den Weg der Ritter nicht mitgegangen und haben nach anfänglichem Kopfschütteln über das vorgetragene Material dem Schlichtervorschlag zugestimmt. Sie geben zum Teil doppelt soviel Lohn als die Großen. Trotzdem werden sie deshalb nicht schlechter leben als bisher.

Die Lammsgebuld der Landarbeiter ist nur zu bewundern, und es wird es ihnen kein Stadtbewohner einschließen der Nichtarbeiter selbst nehmen, wenn ihnen die Gebuld vergeht und sie zum Kampf mit allen Mitteln greifen.

Vielleicht ist die Rundgebung, die den Vortragenden oft von zustimmenden und enttäuschten Zwischenrufen unterbrochen ließ, denen um Richtiges, Kalkreuth, Feige usw. eine Warnung gewesen und sie gehen in sich und versuchen die Macht der Landarbeiter nicht erst kennen zu lernen. Sie geben selbst an, daß 17 000 Arbeiter und Arbeiterinnen jährlich die Scholle verlassen und holen sich die wenig anspruchsvollen polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter heran, denen sie zum Teil mehr Lohn zahlen müssen als sie ihren Landsleuten geben wollen.

Die schwer arbeitenden Landarbeiter müssen so nahe als nur möglich an die Löhne der Industriearbeiter herangebracht werden, wenn wir nicht ein großes Sterben unter ihnen anrichten wollen.

In Württemberg erhalten die Arbeiterinnen 115 Prozent mehr als in Schlesien, oder 28 Mark gegenüber 13 Mark in Schlesien. Es wird kein Mensch beweisen können, daß die Lebenshaltung hier billiger sei als dort.

Aber die Barone sagen: „Unter keinen Umständen irgendwelche Zugeständnisse, die Arbeiter werden nur begehrtlicher und frecher!“

Nach dem etwa zweistündigen Zusammensein konnte man es hören:

„Großagrarien, seid gewarnt! Wenn diese Begehrlichkeit einmal käme, dann wehe dem, der sich ihr entgegenstellt.“

Das Heißerfahren, doch gäbe es jetzt Innentränkungen im Kaltverfahren. Betonstraßen hätten nirgends recht befriedigt, da sie reifen. Gut bewahrt hätten sich jedoch die Kalkspaltstraßen. Wir finden auch auf dem Gebiete des Straßenbaues vor grundlegenden Veränderungen.

Der zweite Vortrag wurde von dem Gartenbaufachmann, Genossen Martin, gehalten. Sein Thema lautete: „Baumpflege und Baumkultur an den Landstraßen.“

Dieser Vortrag war sehr umfassend. Pflanzung, Kultur und Pflege der Obstbäume, Wachstumsfaktoren, Lockerung des Bodens, Düngerverfahren, Straßenaufpflanzungen, Beschneiden der Wurzeln und Äste und vieles andere, was die Konferenzteilnehmer sehr interessierte, wurde vom Genossen Martin gründlich und eingehend behandelt, auch kam er auf die in Schlesien heimischen Obstsorten in einzelnen zu sprechen. Des weiteren würdigte er auch die Raupen und anderen Schädlinge der Bäume und Früchte. Eine Reihe von einschlägigen Fragen fanden im Anschluß an den Vortrag noch ihre Beantwortung.

Nach diesen beiden sachlichen Vorträgen sprach Genosse Wierich über ein allgemeineres Thema: „Die Mitwirkung der Arbeiterschaft in der Arbeiter-schutzgesetzgebung und Wirtschaft.“ Er behandelte sehr eingehend die Versicherungsgesetzgebung, das Arbeitsrecht, das Schlichtungswesen, Tarifwesen, Arbeitsnachweis, die Betriebsräte, den Produktionsprozeß unter verfassungsmäßigen Gesichtspunkten und vieles andere aus dieser weitläufigen Materie.

Einen nicht minder wichtigen Vortrag hielt am Sonntag, dem zweiten Konferenztag, Kollege Kenschin über: „Unsere Lohn- und Tarifpolitik und die Einheitsorganisation der Landstraßenwärter.“ Er zeigte in diesem Vortrage sehr anschaulich, daß die Chauffeewärter, als sie früher nicht daran dachten, sich zu organisieren, viel schlimmer daran waren, als heute, wo allerdings auch noch nicht alles erkämpft sei. Heute gehören erfreulicherweise von 1566 Beschäftigten in Schlesien 1410 Kollegen dem Verbande an. Darauf gestützt allein war es möglich, die für den Chauffeewärter heute gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgeberverbänden zu vereinbaren. Gegnerische Organisationen versuchen, unter den Chauffeewärtern im Trüben zu fischen. Weisen wir alle Zerplitterungsversuche entschieden ab!

Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung“, referierte der Kollege Wierich. Er führte unter anderem aus: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist ständig bemüht, auch für die Chauffeewärter eine Ruheordnung durchzusetzen. In rund 520 Stadt-, Kreis- und Provinzialbetrieben und Verwaltungen bestehen für Arbeiter bereits bezahlte Ruhebestimmungen. Die schlesischen Kreisverwaltungen sind leider bis zum heutigen Tage aus dem Stadium „grundständiger Erwägungen“ nicht herausgekommen. Mit Schaudern sieht mancher Chauffeewärter der Zukunft entgegen, weiß er doch nicht, wie sein Lebensabend trotz 30- bis 40jähriger Dienstzeit und treuester Pflichterfüllung sich gestalten wird. Es sei nicht einzusehen, wie die Kreisverwaltungen es begründen wollen, daß sie im Gegensatz zu den übrigen öffentlichen Verwaltungen Deutschlands eine Ausnahme-

Wirtschaft.

Die Teuerungszahlen des Reiches wiederum gestiegen.

Die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar auf 145,4 gegen 141,6 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,8 v. H. erhöht. Die Steigerung ist auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, die bis auf Fleisch und Fleischwaren sowie Eier sämtlich angezogen haben. Die Indeziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 152,3, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 150,4, für sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 162,0.

Der Streit um den Anteil an den Filmsubventionen

scheint in vollem Gange zu sein. Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt zum Beispiel eine Notiz, in der es heißt: „Von beteiligter Seite erfahren wir, daß (bei den Filmsubventionen) eine Bevorzugung der Ufa unter keinen Umständen stattfinden soll. Maßgebend für die Kredite, die eventuell gefördert werden, soll die Menge der exportfähigen Filme sein. Bis jetzt wird in der Hauptsache ein Vorschlag diskutiert, der dahin geht, daß jeder Film, der sich für das Ausland eignet, nach dem Urteil einer Kommission bewertet und dann bevorzugt werden soll.“ Da man in den Kreisen, von denen sehr wahrscheinlich die vom Scharfblatt gebrachte Notiz ausgeht, wie man solche Kommission zusammensetzt, werden die Hugenberg'schen auf ihre Kosten kommen.

Hochkonjunktur im englischen Schiffbau.

Im englischen Schiffbau ist die langwierige Depression nicht nur überwunden, sondern sogar einer ausgesprochenen Hochkonjunktur gewichen. Da die leistungsfähigen Werften auf absehbare Zeit keine dringlichen Aufträge mehr hereinnehmen können, sind weniger rationell arbeitende Betriebe, die seit Jahren stillgelegt waren, in der Lage, die Arbeit wieder aufzunehmen. Um die Konjunktur besser auszunützen zu können, haben die Werften im Clydebezirk die Clyde Shipbuilders Association aufgeföhrt, die Einführung des Dreischichtsystems durch Einstellung von arbeitslosen Facharbeitern zu genehmigen.

Der schwedische Zündholztrust auch Herr in Bolivien. Wie aus Bolivien gemeldet wird, hat die dortige Regierung die vom schwedischen Zündholztrust eingereichten Vorschläge für die Übernahme des Zündholzmonopols in Bolivien akzeptiert. Sie werden in der Form eines Gesetzes demnächst dem dortigen Parlament vorgelegt und mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

Kein Beitritt Polens zum internationalen Röhrensyndikat. Bei den Pariser Verhandlungen über den Beitritt der restlichen polnischen Eisenhütten zum internationalen Röhrensyndikat haben sich Schwierigkeiten ergeben, die zu einem Abbruch der Besprechungen geführt haben. Der Grund für das ungünstige Ergebnis wird darauf zurückgeführt, daß der „Jereinigten Königs- und Laurahütte“, der „Huta Bankowa“ und den „Sosnowitzer Röhrenwerken“, die dem Kartell beitreten sollten, die Bedingungen zu schwer erschienen. Das internationale Röhrensyndikat will nämlich die Folgerung aus dieser Abjage ziehen und einen Konkurrenzkampf einleiten, um dem Export der genannten Firmen vor allem nach Skandinavien zurückzudrängen.

Nationalisierung im französischen Bergbau. Der französische Bergbau und die französische Eisenindustrie haben seit Monaten planmäßig mit der Durchführung von Nationalisierungsmaßnahmen begonnen. Augenblicklich bereitet eine aus Ingenieuren bestehende französische Kommission das Ruhrrevier, um die dort vorgenommene Mechanisierung kennen zu lernen.

Wie sie verdient haben müssen! Der Berliner Banker erhöht sein Kapital von 20,8 Millionen auf 35,8 Millionen. Die sehr beträchtliche Erhöhung wird mit dem nun schon Gewohnheit gewordenen Hinweis begründet, daß die Kapitalumschlagung sich in beträchtlichem Verhältnis zu dem Kapitalumfang steigert. Von dem neuen Kapital übernimmt ein Kapitalforum, des unter der Führung der Berliner Bank & Co steht, 10,4 Millionen Mark.

Die internationale Tagung der Häuteverwertung, die am Freitag in Berlin stattfand, nahm eine Entscheidung an, in der die nötige Freigabe der Rohhäutewirtschaft gefordert wird. Hinter der Entscheidung stehen die Verbände der UdSSR, des Deutschen Reiches, Ungarns, der Schweiz, Polens und Deutschlands.

Die deutsche Walzwerkezeugung stellt sich für den Monat Januar 1927 auf 1 043 217 Tonnen (Dezember 1926 = 1 033 941 und Januar 1926 = 685 512 Tonnen). Der leichte Rückgang der Produktion entfällt durchweg auf die Werke in Rheinland und Westfalen.

Die Monopolisierung der deutschen Zündholzindustrie. Das Reichskabinett hat das Sperrgesetz für die deutsche Zündholzindustrie verabschiedet. Das Gesetz selbst ist eine Folge der Syndikatsgründung in der deutschen Zündholzindustrie, die mit der Beihilfe des Reiches durchgeführt wurde. Es macht die Erzeugung neuer Zündholzfabriken von der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums abhängig. In der Praxis bedeutet das Gesetz die Monopolisierung der deutschen Zündholzindustrie (mit Ausnahme der konsumgenossenschaftlichen Fabriken). Anzeichen der Haltung der deutschen Privatindustrie, die sich nach der Syndikatsgründung förmlich an die Dividendenentriebe amerikanisch-schwedischen Trusts drängte, wird der Schweden trust in absehbarer Zeit in diesem Monopol ausschlaggebend sein.

Starke Erhöhung der Sparfassen-Einlagen. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes haben sich die Einlagen bei sämtlichen Sparfassen des Deutschen Reiches von 2,597 Milliarden Mark Ende November auf 3,09 Milliarden Mark Ende Dezember gesteigert. Für das Jahr 1926 ergibt sich eine Erhöhung des Einlagebestandes um nicht weniger als 1,46 Milliarden Mark.

Der europäische Seidentongeech wird vom 9. bis 12. Mai in Mailand tagen.

Die Abrechnung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft für das vierte Vierteljahr 1926 (drei Monate des ersten Geschäftsjahres) weist eine Produktion von 7922 Millionen Tonnen aus. Damit ist die Quote um 600 000 Tonnen überschritten. Von der Mehrproduktion entfallen 575 000 Tonnen auf Deutschland, 91 000 Tonnen auf Belgien und 30 000 Tonnen auf dem Saatgebiet. Frankreich und Luxemburg halten eine Unterproduktion von 86 000 Tonnen bzw. 10 000 Tonnen. Da für jede Tonne Mehrproduktion 4 Dollar abzuführen sind, vereinnahmt die Kasse aus der Abrechnungsbereitstellung 2 784 000 Dollar. Davon hat Deutschland 2,3 Millionen Mark zu zahlen. Die Gesamteinzahlung der Rohstahlgemeinschaft (pro erzeugter Tonne ein Dollar) wächst somit für den Schluß des Jahres 1926 auf 16 514 000 Dollar an. Gemäß seiner Quoten werden an Deutschland 4 540 000 Dollar zurückzuerstatten gegenüber 6 036 000 Dollar, die die deutschen Werke in die Kassen ein geschossen haben. Danach wird die deutsche Produktion für das vierte Quartal 1926 aus den Verpflichtungen gegenüber der Internationalen Rohstahlgemeinschaft pro Tonne mit 1,35 Mark belastet. Die Belastung dürfte sich für die kommenden Monate infolge der Quoteneinengrängung noch höher stellen. Das Streben der deutschen Werke nach einer Erhöhung ihrer Quote ist auf Grund des Abchlusses für das erste Vierteljahr des Zusammenarbeitens durchaus verständlich. Wie es heißt, sollen die Pariser geneigt sein, gegenüber Deutschland Konzessionen zu machen.

stellung einnehmen können. Wie trau die soziale Rückständigkeit in manchen schlechten Kreislagerungen ist, zeigt folgendes Beispiel: In einem Kreise sind alle Chauffeewärter über 45 Jahre, auch solche mit 40jähriger Dienstzeit abgebaut worden. Als besondere Gnade stellte man ihnen anheim, jezt nach 40jähriger Dienstzeit als Hilfsarbeiter bei einem Tagelohn von 3 Mark beim Kreise weiter zu arbeiten. Solche Beispiele könnte man nach Belieben vermehren. Der Chauffeewärter ist daher gezwungen, so lange Mühe zu tun, bis er schließlich unfällig, da er von der Altersrente allein unmöglich bestehen kann. Eine Entschädigung, in der die generelle Einführung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung für alle Chauffeewärter gefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Belegchaftsversammlung der Steingut A.-G. Breslau. In einer gut besuchten Belegchaftsversammlung gab Kollege Modlin einen Überblick über die durch das Scheitern der Reichstaxi-Verhandlungen in Leipzig hervorgerufene Sach- und Rechtslage. Folgende Entscheidung wurde eingebracht und von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die Belegchaften der Werke Breslau und Carlowitz der Steingut A.-G. stehen geschlossen hinter den Forderungen des Reichstaxi-Vertrages zum Neuaufschluß des Reichstaxi-Vertrages für die feintaxi-Industrie. Sie bedauern die Haltung der Arbeitgeber bei den Verhandlungen in Leipzig und lehnen aufschärfte die gestellten Zumutungen auf Verschlechterung des Urlaubs und Lohnbedingungen ab.“

Die Belegchaften werden bei Nichtüberichtigung der gerechten und maßvollen Forderungen durch die Arbeitgeber die nötigen Konsequenzen ziehen, und sich eine gerechte Entlohnung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erkämpfen wissen.“

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden Verbandsangelegenheiten besprochen und eine lebhafte Agitation zur Heranholung der letzten Reste der wenigen fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den Steingutwerken geföhrt. Dem wird ohne weiteres entsprochen werden. Nächste Woche Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, findet eine weitere Belegchaftsversammlung statt, in der Bericht vom weiteren Verlauf und Stand der Dinge gegeben werden wird.

Die zentralen Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstaxi-Vertrages für das Baugewerbe.

die dieser Tage in Berlin wieder aufgenommen worden waren, haben in allen bisher noch strittig gebliebenen Punkten zu einer Einigung geführt. Namentlich haben die erweiterten Instanzen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Baugewerbes über Annahme oder Ablehnung des neu geschaffenen Reichstaxi-Vertrages, der am 11. und 12. März noch redaktionell zu ordnen ist, zu befinden. Wie wir hören, werden Vorstand und Beirat des Baugewerksbundes am 15. März darüber entscheiden. Der Beirat des Zimmererverbandes wird schon einige Tage früher zusammentreten. Jedenfalls dürften bis zum 16. März alle am Reichstaxi-Vertrag beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Baugewerbes über das Schicksal des Vertrages entschieden haben. Da die Lohnabkommen für das Baugewerbe fast in allen Lohngebieten am 28. Februar ablaufen, sind sie überall bis zum 31. März verlängert worden. Der Inhalt des Reichstaxi-Vertrages wird veröffentlicht werden, wenn über seine Annahme oder Ablehnung entschieden ist.

Die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

beschäftigte sich mit den Vorschlägen zur Reorganisation des Büros, die dem Pariser Kongress vorgelegt werden. Aus finanziellen Gründen wird in erster Linie an eine Verminderung der Zahl der Sekretäre und an einen weiteren Abbau des Personals gedacht. Ebenso wurde die Frage der Verlegung des Sitzes des IGB nach einem mehr zentral gelegenen Lande mit billigerer Lebenshaltung als Holland, erörtert. Die Beratung darüber ist noch nicht abgeschlossen.

Nach einer Besprechung des Programmwerkes für die Jugendinternationale, zu dem die einzelnen Landesgewerkschaftsorganisationen erst noch ihr Urteil abgeben müssen, wurde die Falschmeldung verschiedener englischer Blätter über die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Arbeitszeitfrage richtig gestellt. Die Aussprache ergab, daß die Deutschen das ihnen vorgelegte Arbeitszeitgesetz als unzureichend betrachten.

Die internationale Textilarbeiter-Delegation.

die zum Studium der Lebens- und Arbeitsbedingungen der indischen Textilarbeiter und zum Zwecke der Unterstützung dieser Arbeiter bei ihrer gewerkschaftlichen Organisation Indien bereist hat, wird Anfang März ihre Heimreise von Bombay aus antreten. Der Sekretär der Textilarbeiter-Internationale, Tom Shaw, der ebenso, wie seine, die Delegation als Sekretärin begleitende Tochter in Indien schwer erkrankt war, wird erst einige Wochen später in der Lage sein, nach Europa zurückzukehren.

Richtigstellung. In dem gestrigen Bericht über die Konferenz der Gau- und Bezirksleiter ist bei den erwähnten Ausführungen des Genossen Bierich eine irreführende Wortbildung enthalten. Es muß da in der ersten Spalte, dritte Zeile von unten heißen: Dann sprach Kollege Bierich über das Arbeitszeitgesetz, wie über die Praxis des Gewerbeaufsichtsgesetzes, über das noch so viel Unklarheit besteht, obwohl es seit 30 Jahren in Kraft ist.

Verbindlicher Schiedsspruch in der Metallindustrie (nordwestliche Gruppe). Der Reichsarbeitsminister hat gemäß dem Antrag der Gewerkschaften den von den Arbeitgebern der Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, abgelehnten Lohnschiedsspruch für verbindlich erklärt.

Die Gabe des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ist dieser Tage in der Eingangshalle des Gebäudes aufgestellt worden. Sie besteht aus einer kunstgewerblich geschmackvollen Niedergabe des Einleitungsstückes des Teiles XIII des Friedensvertrages, der sogenannten Charta der Arbeit in Französisch, Deutsch, Englisch und Spanisch. Die beschriebene Wandtafel ist etwa 5 Meter breit und 3 Meter hoch und in die Mauer in maßstabgemäßer, marmoregelblicher Tonplatten mosaikartig eingelassen, auf denen die einzelnen Schriftzüge in wechselnder Größe, je nach ihrer Bedeutung, und verschiedener Farben eingetrahnt sind. Das Ganze imitiert den Stil alter, guter Buchdruckkunst. In der Mitte der vier Felder repräsentiert eine schneidende Arbeitergestalt die Arbeit und das Ganze ist rötlich-braun wie in einem Rahmen geblieben eingelassen. Zu unterst befindet sich eine Widmung in holländischer Sprache, daß das eigenartige Schriftgebilde vom Internationalen Gewerkschaftsbund mit zurzeit 14 Millionen organisierten Arbeitern gestiftet sei. Manche Beschauer finden die Schriftzeichen etwas zu klein, doch war das aus technischen Gründen nicht anders zu machen. Im übrigen stellt die Gabe einen schönen künstlerischen Schmuck der Halle dar, der den die Halle Betretenden stimmungsvoll begrüßt. Die Bergarbeiterinternationale wird am 13. März dieses Jahres in Brüssel zusammentreten. Die Tagesordnung dieser Sitzung ist noch nicht festgestellt.

Tägliches Devisenkurs der Berliner Börse

Währung	100 Mk. Berlin	100 Mk. Ausland	
1 Pfund Sterling	21,45	100 1/2 Pfund	10,25
1 Dollar	12,15	100 1/2 Dollar	12,15
100 belg. Franken	18,15	100 Schweizer Franken	81,00
100 franz. Franken	25,00	100 Belgien	70,74
100 span. Peseten	10,41	100 span. Peseten	112,48
100 russ. Rubel	2,78	100 russ. Rubel	72,3
100 österr. Schilling	13,46	100 österr. Schilling	85,00
100 ital. Lira	112,32	100 Lira	61,00

Es liegt am Tabak.

Sagen Sie das Ihren Freunden! Sagen Sie aber auch, dass Sie noch bei keiner Cigarette so davon überzeugt waren, wie bei Halpaus Mocco

Halpaus Mocco
die besonders gute, daher besonders preiswerte 5 Hrs. Cigarette

! Vergesst nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

Anzug-Zulieferer
4 bis 12 Mt., Mittel: 10 bis 30 Mt., Weinwand 35 Mt., bis 1.20 Mt., Herrenfutter 48 Mt., h. 1.40 Mt., Garn 1000 Mt. 25-70 Mt., Heligaen 20 Gramm 10 Mt., Mafu-Schulzenteil 100 Mt., 2.00 h. 8.00 Mt., Anzüge 200 3-10 Mt., Kernseite 100 Mt., 13 Mt., Gerbaldoje 15 Mt., Detail und Engros

Bertold Lipper
Heinrichstraße 16
Filiale Oberstraße 11

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/8
übernimmt die Ausführung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Kinderwagen
Puppenwagen
Feinmechanik
gastet
Sämtliche
Reparaturen
Plausbeziehen, Verdecke füttern, schnell und preiswert
Alle Ersatzteile, Räder, Gummi, auch für Puppenwagen
Mäcke, Tauschgesch., früher Weidenstraße 1.